Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2,25 G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesestr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 539

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 270 — Donnerstag, den 17. November 1932 — 114. Jahrgang

von Papen sagt die Süddeutschlandbesuche ab

Das erste Ergebnis der Parteiführerbesprechungen - Die innenpolitischen Auseinandersetzungen

Der Kanzler will Klärung abwarten

Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der Parteiführerbesprechungen am Mittwoch es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.

*

Die Absage der Reise des Kanzlers hat in politischen Kreisen natürlich erhebliche Ueberraschung ausgelöst. Sie lag aber wohl von vornherein nicht außerhalb aller Möglichkeiten.

Die direkte Veranlassung ist in dem Ausgang der Besprechungen zu sehen, die der Kanzler mit den Parteiführern gehabt hat. Sie haben sich so abgespielt, daß am Mittwoch gegen Mittag zunächst **die Zentrumsführer Kaas und Joos** in der Reichskanzlei erschienen und im Laufe des Nachmittags dann Abgeordneter **Dingelden für die Deutsche Volkspartei** und **Dr. Schäffer für die Bayerische Volkspartei.** Die Einzelheiten dieser Besprechungen werden von den Beteiligten vertraulich behandelt. Was aber die große Linie der Unterhaltungen anlangt, so hat Rechtsanwalt Dingelden dem Kanzler seine Zustimmung zur nationalen Konzentration erklärt. Das gleiche gilt für die Stellungnahme der Zentrumsvertreter. Der Unterschied liegt aber darin, daß Prälat Kaas hinzugefügt hat, unter der jetzigen politischen Staatsführung müsse der Versuch der nationalen Sammlung aussichtslos bleiben, und daraus ergäben sich nach Ansicht des Zentrums von selbst naheliegende Konsequenzen. Diese Erklärung ist natürlich mit einer Absage gleichzusetzen und sie dürfte auch der Tenor der schriftlichen Aufzeichnung sein, die die Zentrumsführer dem Kanzler übergeben haben. (Dieses Schriftstück wird übrigens nicht veröffentlicht werden.) Es ist anzunehmen, daß die Darlegungen Dr. Schäffers für die Bayerische Volkspartei sich von dem Standpunkt des Zentrums nicht sehr wesentlich unterscheiden.

Das Schwergewicht der Besprechungen liegt aber vielleicht noch stärker in dem, was der Kanzler allen Parteiführern gesagt hat: Er hat mit Nachdruck seine früheren Erklärungen unterstrichen, daß nichts an der Personenfrage scheitern dürfe, wenn Deutschland aus der gegenwärtigen schwierigen Situation gerettet werden solle.

Aeußerlich geht nun die Entwicklung so weiter, daß das Kabinett sich am Donnerstagvormittag mit der Lage befaßt. Für Donnerstag wird auch die Antwort der Nationalsozialisten erwartet. Dann wird der Kanzler entweder noch am Donnerstag, möglicherweise aber auch erst am Freitag dem Reichspräsidenten über seine Besprechungen mit den Parteiführern und die Stellungnahme des Kabinetts Bericht erstatten. Es ist zweifellos, daß der Kanzler auch dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck bringen wird, was er den Parteiführern gesagt hat. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Reichspräsident dann auf Grund der Sondierungen des Reichskanzlers selbst die Parteiführer empfangen wird, um sie zu fragen, welchen Mann und welches Programm sie an Stelle der „jetzigen politischen Staatsführung" vorzuschlagen haben.

Diese Empfänge dürften Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden.

Die Bußtagsbesprechungen haben die Entwicklung also weiter vorwärts getrieben.

Die Entscheidung haben sie aber noch nicht gebracht. Sie liegt vielmehr in dem nächsten Stadium der Entwicklung, nämlich den Empfängen beim Reichspräsidenten.

Die Entscheidung wird auf den Antworten basieren, die die Parteiführer dem Reichspräsidenten geben werden. In welcher Richtung diese Entscheidung gehen wird, läßt sich natürlich heute auch nicht mit absoluter Sicherheit übersehen. Nach Auffassung politischer Kreise sind aber die Aussichten dafür äußerst gering, daß die Parteien einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu weisen vermögen.

Sozialdemokraten gehen nicht zum Kanzler

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer Unterredung in der Reichskanzlei nicht zu folgen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion äußert zu diesem Beschluß: „Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflösung des Reichstages das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Absagen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen; sie verpflichtet ihn vielmehr zum Rücktritt. Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung Preußens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichts ebenso hinweggesetzt, wie er durch sein Verbleiben im Amte das Urteil des Volkes nicht geachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpft und diejenigen, die sich seiner Politik entgegenstellen, als Feinde des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratische Partei ungeeignet.

Die Sozialdemokratische Partei erblickt in dem Reichskanzler von Papen den Sachverwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen nicht scheut, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus allen diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es jedoch für notwendig, in aller Oeffentlichkeit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit jedem Schritt von dem Boden des Rechts weiter entfernt. Er wendet sich aufs schärfste gegen die öffentlich erörterten verbrecherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustandegekommene Verfassung auf verfassungswidrigen Wegen abzuändern und fordert den Rücktritt dieser Regierung."

Die Aufnahme der sozialdemokratischen Ablehnung in der Wilhelmstraße

Zu der sozialdemokratischen Ablehnung der Besprechung wird in Regierungskreisen darauf hingewiesen, daß die Tatsache der Fühlungnahme des Reichskanzlers mit den Parteien keineswegs ein ungewöhnlicher Vorgang sei. Es sei immer üblich gewesen, daß solche Besprechungen zwischen Wahlen und Reichstagseröffnung nicht vom Reichspräsidenten, sondern vom Führer der Regierung geführt würden. In diesem Falle komme noch hinzu, daß Reichskanzler von Papen die Besprechungen im ausdrücklichen Auftrage des Reichspräsidenten führe.

Die Ablehnung der Sozialdemokratie, so berichtet das Contibüro wird in Regierungskreisen als ein Akt der Agitation und Flucht aus der Verantwortung bewertet. Es wird hinzugefügt, daß die Sozialdemokratie lieber sagen möge, was sie denn an die Stelle der jetzigen Regierung setzen wolle. Die Forderung nach dem Rücktritt sei gerade vom Standpunkt der Formaldemokratie aus ungerechtfertigt, weil die Frage eines Rücktritts auch unter normalen Verhältnissen erst durch ein Mißtrauensvotum akut werde.

Ein neuer Konflikt: Kein Regierungsvertreter in einem Landtagsausschuß

Im Unterausschuß des Hauptausschusses des Preußischen Landtages, der am Dienstag zusammentrat, um über Sparanträge und Anträge zur Verwaltungsreform zu beraten, wurde zu Beginn der Sitzung festgestellt, daß Regierungsvertreter nicht erschienen waren.

Die Vertreter der Kommunisten und Nationalsozialisten sahen in dieser Tatsache eine Brüskierung des Landtages und empfahlen die Annahme einer scharfen Entschließung. Die Sozialdemokraten vertreten dem gegenüber die Auffassung, daß der Hauptausschuß kaum für eine Klärung der Sachlage zuständig sei.

Der Vorsitzende, Abg. **Hinkler** (Nat.-Soz.) machte Mitteilung von einer **Unterredung,** die er zusammen mit dem Landtagspräsidenten Kerrl mit dem **Reichskommissar Dr. Bracht** gehabt habe. Dieser habe empfohlen, Kommissare anzufordern, die aber keine anderen Befugnisse als Auskunftserteilung hätten, da die kommissarische Regierung dem Landtage nicht verantwortlich sei, und es überhaupt **verantwortliche Minister zurzeit in Preußen nicht gebe.** Dr. Bracht habe zum Ausdruck gebracht, daß er bereit gewesen wäre, einem Ersuchen entsprechend, im Rechtsausschuß zu erscheinen, doch habe ihm das Leipziger Urteil diese Möglichkeit genommen.

Vom Zentrum wurde darauf erklärt, daß eine sachliche Beratung unter diesen Umständen keinen Zweck habe. Von einer Herbeirufung des Ministerpräsidenten Braun wurde nach längerer Aussprache Abstand genommen. Dagegen schlug der Vorsitzende vor, der Regierung offiziell mitzuteilen, daß das Staatsministerium zu der Sitzung eingeladen war. Zu der nächsten Sitzung des Hauptausschusses in der kommenden Woche solle die frühere Regierung unmittelbar eingeladen werden.

Bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen nahm der Ausschuß dann eine **Entschließung** an, in der es heißt, daß der Ausschuß an der Erledigung seiner Aufgabe dadurch gehindert werde, daß Regierungsvertreter nicht erschienen seien, obwohl die in Frage kommenden Ministerien in der üblichen Weise eingeladen wurden. Der Unterausschuß bestehe auf seinem verfassungsmäßigen Recht, die Anwesenheit der Minister zu verlangen. Er habe festgestellt, daß der Reichskommissar die Einladungen an das geschäftsführende Staatsministerium nicht weitergeleitet habe. Der Ausschuß verlange die Beseitigung jedes Hindernisses, durch welches das Erscheinen von Ministern oder Vertretern unmöglich gemacht und damit dem Landtage die Durchführung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben erschwert werde.

Unterredung Bracht-Brecht

VdZ.-Büro meldet, fand auf Wunsch des zurückgetretenden Reichskommissars für Preußen Bracht, am Dienstag eine Unterredung zwischen Dr. Bracht und dem Vertreter der Regierung Braun, Ministerialdirektor Dr. Brecht statt. Die Besprechung diente der Vorbereitung der noch in dieser Woche zu erwartenden zweiten Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Papen und dem Ministerpräsidenten Dr. Braun, in der eine Möglichkeit zur Bereinigung der aus dem Leipziger Urteil entstandenen Differenzen gesucht werden soll. Ein endgültiger Termin für die neue Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten ist bisher noch nicht bestimmt.

Keine Verhandlungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und der NSDAP

Die „Münchener Post" meldete von einem angeblich bevorstehenden Bündnis der Bayerischen Volkspartei und der NSDAP. Von zuständiger Stelle wird diese Meldung dem Contibüro als ein reines Phantasieprodukt bezeichnet. Es wird erklärt, daß zwischen der Bayerischen Volkspartei und der NSDAP. keinerlei Verhandlungen stattgefunden haben.

Die Rheinschiffahrt wird auf Selbsthilfe verwiesen

Im Laufe der öffentlichen Erörterungen über die Behebung der Notlage der Rheinschiffahrt ist auch der Gedanke aufgetaucht, finanzielle Hilfe des Reiches in Anspruch zu nehmen.

Dazu wird amtlich geäußert:

Dieser Gedanke ist undurchführbar. In einem Rundschreiben des Reichsverkehrsministers an die Regierungen der Länder ist zur Unterrichtung der Rheinschiffahrttreibenden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß angesichts der Finanzlage des Reiches auf eine Unterstützung der Rheinschiffahrt oder auch nur der Partikuliere durch Geldmittel des Reiches nicht gerechnet werden kann. Die Linderung der Notlage auf dem Rhein muß auf dem Wege der Selbsthilfe gesucht werden.

Verlängerung der englischen Eisen- und Stahlzölle

Das Unterhaus billigte mit 200 gegen 42 Stimmen die am 21. Oktober vom Schatzamt verfügte und ab 25. Oktober gültige Verlängerung der bisherigen Eisen- und Stahlzölle auf 2 Jahre.

Verstimmung in USA

wegen des Zeitpunktes der Schuldennoten

Belgien schloß sich an

Eine belgische Note an die Vereinigten Staaten nimmt auf die englische und die französische Note in der Kriegsschuldenfrage Bezug. Die belgische Regierung stellt das gleiche Ersuchen nach einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums, während eine Neuprüfung der Schuldenverpflichtung stattfinden soll. Belgien beruft sich auf seine unverzügliche Annahme des Hoover-Vorschlages im Juli 1931 sowie auf die Unterzeichnung der Reparationsabkommen von Lausanne. Die belgische Regierung gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die heutigen Weltschwierigkeiten nur durch eine entschlossene Politik der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfeleistung überwunden werden könne.

Wie man in Washington denkt

Von einem prominenten Mitgliede des amerikanischen Schatzamtes, das sich mit der durch die Noten Englands, Frankreichs und Belgiens geschaffenen Lage federführend befassen muß, erfährt der Vertreter des WTB in Washington, daß bei beiden politischen Parteien starke Verstimmung herrsche, und zwar nicht so sehr über den allgemein erwarteten Antrag selbst, als vielmehr über den Zeitpunkt und die Form. Man ist ziemlich fassungslos über die in Washington als taktlos bezeichnete Hast, mit der die Alliierten ihre Forderung vorgebracht haben, als noch nicht einmal alle Stimmen der Präsidentenwahl gezählt waren und das größte innerpolitische Ereignis der letzten vier Jahre noch jeden Amerikaner stark beschäftigte. Man betrachtet dieses Eindringen in die Aufregung des amerikanischen Volkes über das Wahlergebnis als einen schweren Mangel an Verständnis für die amerikanische Psyche. Nach Ansicht der Washingtoner Kreise hätte man Amerika wenigstens eine Woche nach dem Wahlfieber Ruhe lassen und dann durch britische Erklärungen über den Sturz des Pfundes und ähnliches die Stimmung allmählich vorbereiten sollen.

So aber wird die Aktion als abgekartetes Spiel aufgefaßt, das selbst den Freunden Europas eine Unterstützung schwer mache. Im Schatzamt nimmt man auf Grund der bisherigen Ermittlungen an, daß allenfalls ein Moratorium gewährt werden dürfte, daß aber nur England Aussicht auf Ermäßigung des Zinsfußes habe. Die Stimmung gegenüber Frankreich, das Goldvorräte aufspeichere und für Rüstungen große Summen ausgebe, sei dagegen allgemein ablehnend. Sogar der führende republikanische Senator Fess erklärte, Amerika wolle nur Zahlungen, falls das Ausland zahlen könne, aber wenn das Ausland Geld für törichte Dinge ausgebe, so könne es sich nicht auf Zahlungsunfähigkeit berufen. In demokratischen Kreisen ist man weiterhin darüber verstimmt, daß man gerade dem sich seines Sieges freuenden Roosevelt sofort diesen „Wechselbalg" der alliierten Schulden vor die Tür gelegt habe.

Anzeichen gewisser Besserung!

Reichsminister Dr. Warmbold vor dem Einzelhandel

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hielt vor der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Berlin eine Rede, in der er nach einer Begrüßung der Versammlung als Vertreter der Reichsregierung u. a. ausführte:

Ihre Tagung fällt in einen Zeitpunkt, in dem wir die ersten

Anzeichen einer gewissen Besserung

nach Jahre langer Krise beobachten können. Man darf daher die berechtigte Hoffnung haben, daß diese Besserungszeichen auch in den nächsten Monaten anhalten werden, und daß, wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, im kommenden Frühjahr ein noch deutlich sichtbarer Umschwung in der Wirtschaftslage der wichtigsten Länder und auch Deutschlands eintreten wird. Diese ersten Keime der Hoffnung müssen aber sehr pfleglich behandelt werden. Welche Anzeichen der Besserung können wir nun beobachten? Es ist keine Frage, daß auf dem Weltmarkt schon vor einigen Monaten

die Rohstoffpreise eine Besserung

erfuhren. Die Pessimisten können in diesem Zeitpunkt mit gewissem Recht darauf hinweisen, daß der Höchststand schon wieder etwas unterschritten ist, aber dem gegenüber muß doch mit allem Nachdruck betont werden, daß diese Auslegung der Pessimisten den Tatsachen nicht gerecht wird, weil der gegenwärtige Stand der Rohstoffpreise noch immer bedeutend höher liegt. Es ist ferner darauf hinzuweisen, daß

die Lagervorräte in der Welt nicht mehr ansteigen,

sondern daß zum mindesten Erzeugung und Verbrauch zum Ausgleich gebracht sind, und daher die Lagervorräte das erreichte Niveau bewahren können.

Von nicht geringerer Bedeutung ist die außerordentliche

Verflüssigung der Geldmärkte

in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten der Welt. Die Verflüssigung der Geldmärkte hat außerhalb unserer Grenzen bereits begonnen, auf die Kapitalmärkte überzugreifen. Das muß als ein weiteres Zeichen der Besserung gewertet werden. Die Wirkung des niedrigen Reichsbankdiskonts auf den Kapitalmarkt hat sich auch in letzter Zeit bemerkbar gemacht. Die Kurse der festverzinslichen Papiere sind gestiegen, und das ist ja das erste Zeichen dafür, daß auch der Kapitalmarkt eine Belebung erfährt, die die Vorbereitung für den wirtschaftlichen Aufschwung darstellt.

Nach allen diesen Anzeichen dürfen wir auch für unser Land den Standpunkt vertreten, daß

die Krise den Tiefpunkt erreicht

hat, und daß wir erwarten dürfen, daß wenn keine innerwirtschaftlichen Störungen den Verlauf der Dinge beeinträchtigen, in den kommenden Monaten eine langsame Besserung unserer Verhältnisse eintritt. Das Ihnen bekannte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat daher, soweit sich heute übersehen läßt, den richtigen Zeitpunkt für Erleichterungen in den Belastungen, für Belebung auf den Kreditgebieten und für das Wachrufen einer neuen Wirtschaftsinitiative gefunden. Es kommt infolgedessen alles darauf an, die bereits aus natürlichen Gründen wirksamen Kräfte und die Stärkung, die sie durch das Wirtschaftsprogramm erfahren haben, durch den Willen und den Entschluß gerade in den Kreisen der selbständigen Existenzen zu unterstützen und zu fördern. Das ist das sicherste Mittel der Selbsthilfe, das in diesem Augenblick jedem einzelnen empfohlen werden kann. Die Tatsache, daß die Rentenkurse verhältnismäßig stärker als die Aktienkurse gestiegen sind, läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, daß das

Vertrauen in die Stabilität unserer Währungsverhältnisse

sich fortschreitend verbessert hat. Ich darf auch an dieser Stelle die Versicherung hinzufügen, daß die Reichsregierung und die Reichsbank an dem Grundsatz festhalten, an der Währung nicht zu rütteln und alles zu tun, um die Währung stabil zu halten.

Auf dieser Grundlage besteht auch für den Einzelhandel keinerlei Risiko, sich in das allgemeine Belebungsprogramm der Reichsregierung auf der ganzen Linie einzuschalten. Das wirksamste Mittel, die Kreditbereitschaft der Banken zu erhöhen, scheint mir auf dem Gebiete der

Selbsthilfe

zu liegen. Es ist mir bekannt, daß die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in rechtzeitiger Erkenntnis der hohen Bedeutung der Selbsthilfe gerade für die mittelständischen Kreise hier wertvolle Arbeiten aufgenommen hat, die auf den Gebieten der Betriebskontrolle, der Betriebsberatung und der Buchführung liegen. Ich bin überzeugt, daß die energische Fortsetzung dieser Arbeiten und ihr Uebergreifen auf die breiten Schichten des Einzelhandels auf dem Gebiete des Personalkredits eine völlig neue Lage zu schaffen vermögen.

Es ist mir bekannt, daß Sie die schon lange in Aussicht stehenden

Aenderungen der Gewerbeordnung

mit Ungeduld erwarten. Ich darf Ihnen hierzu mitteilen, daß die Novelle, in der eine wirksamere

Bekämpfung der Auswüchse im Hausier- und Wandergewerbe

vorgesehen ist, sich schon seit einiger Zeit im Reichsrat befindet. Ich hoffe und wünsche, daß sie dort alsbald beraten und verabschiedet werden möge. Zu dieser Novelle ist in jüngster Zeit noch eine Ergänzung vorgeschlagen und von der Reichsregierung angenommen worden, die die Möglichkeit geben soll, unzuverlässige Elemente des Handels durch Entziehung der Handelserlaubnis auszuscheiden.

Durch die Notverordnung vom 9. März 1932 ist endlich die reichsrechtliche Grundlage für die

Errichtung von Einigungsämtern

geschaffen worden. Sie werden die Möglichkeit geben, die wertvollen Erfahrungen, welche in Ihren Kreisen gemacht werden, in der Praxis der Verwaltungsbehörden und der Gerichte zur Geltung zu bringen und damit über den Rahmen des vorgeschriebenen Rechts hinaus die besten Sitten und Gebräuche des Kaufmanns wirksam zu machen.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß

wichtige Forderungen des Einzelhandels

teils in den letzten Monaten ihre Erfüllung gefunden haben, daß teils ihre

Erfüllung in kurzem

bevorsteht. Ich weiß, daß viele Wünsche des Einzelhandels noch nicht befriedigte sind, ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß das Reichswirtschaftsministerium gern bereit sein wird, alle diese noch offen stehenden Wünsche mit Ihnen zu erörtern und sie eingehend zu prüfen. Die Reichsregierung wird sich, bei allem, was sie tut, einzig von dem Gesichtspunkte leiten lassen, alles für einen einzelnen Wirtschaftszweig zu tun, was diesem nutzt und dabei gleichzeitig das Wohl des Ganzen fordert. Dieser Aufgabe müssen wir alle dienen, weil nur auf diesem Wege unsere eigenen Interessen gewahrt werden können. Wenn wir uns in diesem Vorsatz zusammenfinden, so dürfen wir fest an eine bessere Zukunft glauben. Der Herbeiführung dieser besseren Zukunft möge auch Ihre heutige Tagung dienen.

Die Hauptmann-Ehrungen

beim 70. Geburtstag des Dichters

Die Regierung Braun überreicht die Goldene Staatsmedaille

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, begab sich am Dienstagvormittag der preußische **Kultusminister Grimme** in Begleitung von **Ministerialdirektor Dr. Brecht** zu Gerhart Hauptmann und überreichte ihm die Verleihungsurkunde für die **Große Preußische Staatsmedaille.** Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

Die Preußische Staatsregierung hat auf Vorschlag des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einstimmig beschlossen, Deutschlands und Preußens großem Sohne Gerhart Hauptmann als Dank für sein Lebenswerk, in dem sich das Recht Bahn bricht gegen die Gewalt, der Geist gegen Hochmut und die Seele gegen alles, was die Seele tötet, zu seinem 70. Geburtstage die Große Preußische Staatsmedaille für Verdienste um den Staat zu verleihen.

Berlin, 15. November 1932

Das Preußische Staatsministerium
Braun Grimme

Gerhart Hauptmann dankte der Preußischen Staatsregierung mit bewegten Worten für diese Ehrung.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, ist die Staatsregierung der Meinung, daß sie allein zu einem solchen Hoheitsakt berechtigt sei, und daß allenfalls in ihrem Auftrage die kommissarische Regierung die Medaille überreichen könnte.



Der Dichter dankt für die Ehrung

Feier der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger

Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger beging gemeinsam mit den Verbänden des deutschen Schrifttums eine Vorfeier des 70. Geburtstages Gerhart Hauptmanns in einer der großen Ausstellungshallen auf dem Berliner Messegelände. Der gewaltige Raum war von einer festlich gestimmten Menge dicht gefüllt. Zahlreiche fremde Diplomaten, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und hervorragende Persönlichkeiten der Kunstwelt befanden sich unter den Ehrengästen. Gerhart Hauptmann wurde, als er mit seiner Gattin erschien, stürmisch gefeiert.

Oberbürgermeister Dr. Sahm hielt die Festansprache. Er nannte den Dichter den Wegweiser einer neuen Literaturepoche. Immer sei Hauptmann der sozial-fühlende Dichter gewesen, der aus dem Hintergrunde menschlichen Elends heraus der Menschheit Würde ins Licht der Rampe gestellt habe. Der Dichter **Carl Zuckmayer** überbrachte den Dank der schaffenden deutschen Jugend und des deutschen Schrifttums. **Carl Wallauer**, der Präsident der Bühnengenossenschaft stattete sodann den Dank der deutschen Bühnen und der deutschen Schauspieler ab. **Hauptmann** dankte, so sagte er u. a., mit bewegten Worten, seine dramatische Arbeit sei ihm eine Lebensnotwendigkeit gewesen.

Reich und Preußen

veranstalteten eine Feier im Staatlichen Schauspielhause in Berlin. Nach Schluß einer Festvorstellung hielt bei Ueberreichung der Großen Goldenen Staatsmedaille **Reichsminister Dr. Bracht** eine Ansprache, in der er zunächst dem Dichter die herzlichsten Glückwünsche des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der kommissarischen preußischen Staatsregierung übermittelte. Dr. Bracht fuhr dann fort: Die Feier Ihres 70. Geburtstages fällt in eine Zeit eigenartiger politischer Konstellation. Es könnte die Frage auftauchen, wer hier am ehesten befugt sei, den Staat zu repräsentieren. Der Beschluß, den die preußische Staatsregierung gestern gefaßt hat, deckt sich mit der Entschließung, die die Kommissare des Reiches schon vor längerer Zeit getroffen haben; er ist eine Bestätigung unseres Wunsches, Ihnen zu Ihrem Ehrentage zu zeigen, daß der Staat sich dessen bewußt ist, was er seinem großen Bürger an Dank schuldet. Reichsminister Dr. Bracht teilte mit, daß die preußische Staatsregierung den Grundstock zu einer Stiftung gelegt hat, aus deren Erträgnissen jährlich ein oder einige deutsche Schriftsteller, insbesondere der jüngeren Generation, ein Stipendium erhalten soll, das je auf ein Jahr des Dichters ihre wirtschaftliche Existenz enthebt. Diese Stiftung, betonte Dr. Bracht, soll den Namen

„Gerhart Hauptmann Stiftung"

tragen, und es sollen die Stipendien nur mit Ihrer persönlichen Zustimmung erteilt werden. Eine in privaten Kreisen begonnene Sammlung hat erfreulicherweise in wenigen Tagen schon solche Erfolge erzielt, daß die Stiftung bereits über ein Kapital von annähernd 50 000 Mark verfügt.

Gerhart Hauptmann antwortete mit tief empfundenen Worten des Dankes. Das schönste Geschenk, betonte der Dichter, ist mir der staatliche Preis, der meinen Namen tragen soll. Hier danke ich Ihnen in meinem und im Namen aller der kommenden jungen Dichter und Schriftsteller, deren Leben und Arbeit er künftig zugute kommen wird. Ich verkenne den Kummer nicht, der Ihre Worte beschattet und kann wohl sagen: Ich teile ihn. Der besondere Fall, der die eigenartige politische Konstellation zum Ausdruck bringt, soweit er mich betrifft, drückt in der Tat die Bedeutung dieses Kummers nicht aus. Aber ich fühle mich in diesem Augenblick, wie Sie, weit von aller Politik, und ich möchte gern einstimmen in den Wunsch nach einer Ruhepause in dem leider unumgänglichen politischen Kampfleben. Möge das große versöhnliche Prinzip immer mehr an Macht gewinnen und jene Einigkeit und innere Ruhe fördern, die wir alle so heiß ersehnen!

Politische Reibereien führten zur Brandstiftung

Wie die Polizei mitteilt, gewahrten in der Nacht zum 11. November gegen 0.15 Uhr zwei Wächter an dem Hause eines Viehhändlers in der Kurfürstenstraße in Oberhausen-Holten einen Feuerschein, der bald erlosch. Gegen 2.30 Uhr bemerkten die gleichen Wächter wieder an dem Hause des Viehhändlers an zwei Stellen hochschlagende Flammen. Es verbrannten eine Rübenmiete und an der Stallseite des Hauses liegendes Stroh. Gemeinsam mit den geweckten Hausbewohnern wurde das Feuer gelöscht. Beim näheren Nachsehen stellte man fest, daß auch noch ein auf dem Hofe stehender Viehwagen mit einer leichtbrennbaren Flüssigkeit begossen war und gebrannt hatte. Nur einem glücklichen Zufalle war es zu verdanken, daß die im Stall und auf dem Boden lagernden 200 Zentner Heu und Stroh kein Feuer gefangen hatten.

Die Ermittlungen führten zur Festnahme und Ueberführung von vier Mitgliedern der NSDAP. aus Sterkrade und Holten. Die Täter, so heißt es im Polizeibericht, haben aus Erbitterung gegen den Viehhändler wegen eines Zusammenstoßes in der Frühe des 6. November, bei dem ein mit der NSDAP. Sympathisierender von dem Viehhändler, der dem Kampfring der DNVP. angehört, erheblich mißhandelt worden war, gehandelt. Die Beschuldigten wurden dem Richter vorgeführt.

Der Bullerjahn-Prozeß

Im Bullerjahn-Prozeß wurde der frühere Angestellte der Berlin-Karlsruher Industriewerke, Betriebsingenieur Georg Groß, als Zeuge vernommen. Der Zeuge erwähnt, daß er einmal Bullerjahn bei der Besichtigung der geheimen Schränke angetroffen habe. Er sei eingeschritten und habe gesagt: „Herr Bullerjahn, das sind Sachen, aus früheren Zeiten, die Sie nichts angehen." Beim dritten Besuch Bullerjahns beim Zeugen soll der Angeklagte gesagt haben, ihn interessierten die Informationen nicht mehr, er wolle „gerade das andere sehen". Vorsitzender: „Weshalb wollte er nach Ihrer Ansicht gerade das Frühere sehen? Zeuge: Damals nahm ich das als Neugierde wahr. Der Zeuge erzählte noch, daß nach der Durchsuchung Gerüchte in der Fabrik verbreitet waren, die davon wissen wollten, daß die Durchsuchung nach einem bestimmten Plane erfolgt sei. Plötzlich sei der Name Bullerjahn genannt worden, ohne daß man gewußt habe, woher dies kam.

Bullerjahn schilderte seinen Besuch bei Groß anders. Wenn er wirklich etwa versucht hätte, etwas auszuspähen, wie behauptet wurde, dann wundere es ihn, daß er von Mitte April bis zu seiner Verhaftung noch Angehöriger des Lagers war.

Der Zeuge erklärte noch, er habe nie behaupten wollen, daß Bullerjahn die Absicht gehabt hätte, etwas auszuspähen. Es sei unendlich mehr bei ihm zu sehen gewesen, als Bullerjahn zufällig gesehen habe. Auf eine Frage des Verteidigers gab der Zeuge dann zu, daß Bullerjahn annehmen konnte und mußte, in seinem Lager seien viele Schränke mit Kriegsmaterial vorhanden.

Anschließend wird der kaufmännische Direktor Schweitzer über die „Drohungen" des Angeklagten Bullerjahn vernommen, die dieser auf die Schrottschiebungen und auf die Vorgänge im Kugellager bezogen wissen will. Ein Beisitzer fragte den Zeugen, weshalb dem Angeklagten eine Ehrenerklärung verweigert wurde. Es hätte doch schriftlich bestätigt werden können, daß er an den Schrottschiebungen nicht beteiligt war.

Zeuge: Warum es nicht geschehen ist, weiß ich nicht. Ich glaube nicht, daß ein bestimmter Grund vorgelegen hat. Es werden allgemeine Erwägungen maßgebend gewesen sein. Es ist ja auch keine schriftliche Verdächtigung erfolgt. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Die schriftliche Ehrenerklärung ist also nicht verweigert worden, weil etwa doch noch ein Verdacht auf ihm ruhte? Zeuge: Das ist meine persönliche Ansicht. Ueber die Art des beschlagnahmten Materials weiß der Zeuge nichts.

Bei Erörterung der Frage, wie der Verdacht gegen Bullerjahn entstanden ist — der Zeuge kann hierüber nichts sagen —, wirft der Angeklagte ein, daß er selbst öfter Anregungen zu Umlagerungen von Material gegeben habe, das etwa beanstandet werden könnte, und das sichergestellt werden müsse. So z. B. habe er einmal die Umlagerung eines Schiffbruchlagers (U-Boot-Material) gefordert.

Der Zeuge erklärt, es sei möglich, daß der Angeklagte derartige Anregungen gegeben habe, aber er erinnere sich nicht. Weitere Erörterungen über das Schiffbruchlager bricht der Zeuge ab, da dies nur in nichtöffentlicher Sitzung besprochen werden könne. Auf eine Frage, von wem er zuerst davon gehört habe, daß von Gontard von den Engländern über den Verrat Bullerjahns unterrichtet worden sei, erklärt der Zeuge Schweitzer, wie er glaube, von Direktor Hellwig.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld bittet, darauf hinzuwirken, daß die Zeugen nicht miteinander vor dem Gerichtssaal unterhandeln. v. Gontard habe z. B. in der Pause dauernd mit seinem Rechtsberater, von Berg, der der Verhandlung als Zuhörer beiwohne, ferner mit dem Prokuristen Demmer und Direktor Schweitzer gesprochen. Vorsitzender: Ich gebe zu, daß das nicht erwünscht ist, aber eine prozessuale Handhabe besitze ich nicht. Ich kann es dem Zeugen nur nahe legen. Rechtsanwalt von Berg springt im Zuhörerraum auf und ruft: Dann möchte ich auch die Bitte aussprechen, daß die Partei Bullerjahns sich nicht in irgendeiner Form an Zeugen wendet. Dann erklärte Rechtsanwalt von Berg weiter: Dagegen ist der Zeuge Spalleck bei mir gewesen und hat mich als Anwalt um Schutz gebeten. Der Bruder Bullerjahns hat ihn bei seiner jetzigen Firma in der schwärzesten Weise denunziert. Die Mutter Bullerjahns ist ebenfalls bei der Firma Spalleck gewesen und hat Spalleck vorgeworfen: „Du hast meinen Sohn ins Zuchthaus gebracht!" Seit Monaten sind Bestrebungen im Gange, den Zeugen Spalleck dort bei der Firma zu entwurzeln.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Donnerstag vertagt.

Eine Krankenschwester folgt ihrem Patienten in den Tod

Professor Dr. Paul Ritter, der Mitschöpfer der deutschen Schulzahnpflege, war 71 Jahre alt in der Nacht zum Sonntag nach einem langen Zuckerleiden gestorben. Die Krankenschwester Else Berger, die ihn sechs Monate lang betreute, ist ihm, wie die „B. Z." meldet, in den Tod gefolgt. Sie hat sich das Hinscheiden des Mannes, den sie ein halbes Jahr mit Aufopferung, aber vergebens, pflegte, so zu Herzen genommen, daß sie sich in der darauffolgenden Nacht mit Leuchtgas vergiftete.

Professor Dr. Ritter gehörte zu den berühmtesten Zahnärzten Berlins. In den 80er Jahren waren die Patienten in einem Maße zu ihm geströmt, daß die Hauswirte ihm wegen zu schneller Abnutzung der Treppen Schwierigkeiten machten. Else Berger war Ende der 30er Jahre. Sie hatte gehofft, den geistig hochstehenden Mann, für den sie sich aufopferte, der Besserung entgegenführen zu können. Uebernächtigt von der Pflege des Sterbenden, brach sie nach seinem Tode innerlich zusammen.

Nr. 270 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Donnerstag, den 17. November 1932

Aus der Stadt

Schwere Verkehrsunglücke auf dem Westenhellweg

Auf dem Westenhellweg ereignete sich gestern nachmittag gegen 2 Uhr kurz vor Soest ein Verkehrsunglück, das glücklicherweise noch einen den Umständen entsprechend glimpflichen Ausgang nahm. Ein Dortmunder Personenwagen, der mit 4 Personen besetzt war, geriet auf der durch den Regen schlüpfrig gewordenen Straße ins Rutschen. Der Wagen fuhr gegen einen Straßenbaum. Durch den Anprall wurden zwei Personen durch das Verdeck in den Graben geworfen. Von den Insassen des Autos erlitten 2 Männer Kopfverletzungen, 2 Frauen kamen mit Hautabschürfungen davon. Die Verletzten wurden sämtlich in das Marienhospital eingeliefert. Es konnte dort festgestellt werden, daß die erlittenen Kopfverletzungen nicht schwererer Natur sind. Das Auto war durch den Anstoß stark beschädigt.

Einen weit schlimmeren Ausgang nahm kürzlich ein Unglück, das sich etwa 300 Meter hinter dem Schützenhof auf dem Westenhellweg ereignete. Auf der Straße stand zur Nachtzeit unbeleuchtet u. weit zur Straßenmitte hin ein Lastzug eines Kirmesschaustellers. Auf diesen unbeleuchteten Wagen fuhr ein Motorradfahrer aus Stentrup mit Soziusfahrer. Dieser wurde gegen den Wagen geschleudert und erlitt einen Arm- und Oberschenkelbruch. Der Fahrer selbst kam mit einem Mittelhandbruch davon. Die Schuldfrage liegt auf Seiten des Schaustellers. Aber auch der Motorradfahrer trägt einen Teil der Schuld, da er an seinem Rad eine schlechte Beleuchtung führte.

★

:-: **Wiederum rund 40 000 Kirmesbesucher.** Nach den bisher ermittelten Verkehrszahlen vom Besuch der Soester Kirmes kann man damit rechnen, daß in diesem Jahre rund 40 000 Fremde die Soester Kirmes besuchten. Damit ist die Verkehrsziffer vom vorigen Jahr erreicht. Wenn man berücksichtigt, daß sich seit der vorletzten Kirmes die wirtschaftlichen Verhältnisse sicherlich nicht gebessert haben, ist der gleich starke Besuch der letzten Kirmes als äußerst günstig zu bezeichnen.

:-: **Erwischt!** Am Dienstag abend hatte sich ein Bettler in ein Hotel am Brüdertor eingeschlichen u. war gerade dabei in der Küche, in der sich im Augenblick niemand aufhielt, zu „hamstern", als er dabei überrascht wurde. Die benachrichtigte Polizei nahm den Dieb fest.

)!(**Ein Lastzug gegen Opelwagen.** Ein Arnsberger Opelwagen wollte am Dienstag am Brüdertor noch vor einem Lastzug, der von einem Trecker geschleppt wurde, vorbei zum Bahnhof. Der Treckerführer, die Gefahr erkennend, warf den Trecker zur Seite, konnte aber nicht mehr verhindern, daß die Wagen rutschten und an das Hinterteil der Opellimusine gerieten. Die Zugstangen des ersten Anhängerwagens wurden zerbrochen, das Auto stark beschädigt. Es mußte abgeschleppt werden. Der Verkehrsunfall lockte zahlreiche Neugierige an.

(!) **„Mata Hari".** In der Dienstagausgabe begannen wir mit der Veröffentlichung dieser bekannten Spionagegeschichte, die in einzelnen Abschnitten fortgesetzt wird. Wie wir erfahren, wird der gefilmte Roman demnächst auch in der „Lichtburg" zur Vorführung gelangen.

?:? **Hausfrauenbund.** Diejenigen jungen Mädchen, die sich für den Abendkochkursus bei Frau Behlmer eingeschrieben haben, werden gebeten, sich am 17. November, abends 7.30 Uhr, also vor dem Monatsabend bei Gruß, am Saaleingang zwecks Besprechung zu melden. Dort werden auch noch weitere Anmeldungen entgegengenommen.

)!(**Volk ohne Raum.** Auf den heute, Donnerstag, 20.15 Uhr, in der Ressource stattfindenden 2. Kultur-Abend der Ritterschen Buchhandlung sei nochmals hingewiesen. Johan Luzian wird über den Dichter Hans Grimm sprechen und aus „Volk ohne Raum" vorlesen. Wie sehr Luzian sich in dieses Werk hineingelebt hat, geht aus der Besprechung hervor, die ihm der Cottbuser Anzeiger vor kurzem widmete, in der es u. a. heißt: „— Und dann — es ist, als ginge Glockenläuten durch den Saal — dann liest Johan Luzian, jener nordische Mensch, das Bekenntnis seines Volkes. Volk ohne Raum! Ruhe und tiefste Erkenntnis spricht aus seiner Vortragsweise, die den heißen, oft verhaltenen Atem der schmerzlichen Entsagung bringt". — Die Abonnenten werden höflich gebeten, die Abonnementskarten in der Buchhandlung Capell abzuholen, wo auch Einzelkarten erhältlich sind.

(!) **Gautag des V. r. k. D.** Unter Anteilnahme des Verbandspräsidenten J. Lipp-Nürnberg und des Verbandsdirektors Günther-Berlin hält der Gau Rheinland-Westfalen des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands am Samstag, den 19. November 1932, im „Haus Recken" zu Böth a. d. Ruhr seinen Gautag ab. Gleichzeitig tagen die Verkehrskommissionen des Gaues u. der Verwaltungsrat der Gausterbekasse. Die Gauversammlung wird sich mit den brennenden wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit beschäftigen, während die Verkehrskommission Beratungen über Fragen des Post-, Eisenbahn- und Autoverkehrs pflegen wird. Die Gausterbekasse, eine hervorragende soziale Einrichtung für die Mitglieder des Verbandes, hat innerhalb von sechs Jahren drei Millionen Reichsmark an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder ausgezahlt.

(!) **„Die Blume von Hawaii".** Auf Wunsch verweisen wir abermals auf die große Aufführung heute, Donnerstag, den 17. November, abends 8.15 Uhr, im Saale des Schützenhofes hin. Wie wir bereits berichteten, tritt ein erlesenes Personal auf, das den bekannten Schlagern: Blume von Hawaii — Du traumschöne Perle der Südsee — Will Dir die, Welt zu Füßen legen — My golden Baby — Ich hatt' ein Diwanpüppchen — Bin nur ein Jonny — usw. zu außerordentlichen Erfolgen verhelfen wird. Auf Orchester und Kostüme ist ebenfalls großer Wert gelegt. In Emden, Leer, Rheine etc. hat das Westdeutsche Operettentheater mit dieser schmissigen Schlageroperette die größten Erfolge erzielt. Wir verweisen auf die Tagesplakate.

)!(**Theaterabend des Turnvereins Jahn-Soest.** Am Sonntag, den 27. November, abends 8 Uhr, veranstaltet der Turnverein Jahn-Soest wieder einen seiner so beliebt gewordenen Theaterabende u. zwar im Domhof. Wurden in früheren Jahren nur Stücke ernsteren Inhalts gegeben — wir erinnern nur an „Mag auch die Liebe weinen", „Ein Frühlingstraum", „Gib mich frei", „Ich lasse Dich nicht", „Alesa" usw. — so will der Verein jetzt mit einem bunten Abend an die Oeffentlichkeit treten. Lachen und nochmals Lachen heißt für diesen Abend die Devise, denn drei urkomische Einakter sollen die Lachmuskeln der Besucher in Bewegung halten. — Zeitentsprechende Eintrittspreise sollen es jedem von der großen Theatergemeinde des Vereins ermöglichen, diesen von köstlichem Humor sprudelnden Theaterabend zu besuchen.

?:? **Kürassier-Verbandsfest.** Am Samstag, den 29. und Sonntag, den 30. Mai 1933 feiert der Kürassier-Verband „Bergisch-Land" in Wermelskirchen sein erstes Verbandsfest. Da noch niemals ein Kürassier-Verbandsfest gefeiert worden ist, soll dieses Fest zu einer machtvollen Kundgebung für die alte ehrwürdige Kürassierwaffe gestaltet werden. Alle ehem. Kürassiere und Kürassier-Vereine aller Regimenter von Rheinland und Westfalen laden wir zu dieser Feier herzlichst ein. — Da in den Vereinen unseres Verbandes auch Jäger zu Pferde vertreten sind, so halten wir es für unsere Pflicht, auch diese Vereine einzuladen, und bitten alle, ihre Adresse bis zum 15. 1. 1933 an den 1. Schriftführer, Kamerad Edmund Müller, Wermelskirchen, Königstraße 43 zu senden, von wo aus alle nähere Auskunft erteilt wird.

Obergerichtsvollzieher Bräutigam u. Genossen vor den Schöffen

Sechster Tag.

Im Bräutigam-Prozeß wurde am Dienstag in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Aus der Vernehmung des Justizamtmanns Knepper vom Dortmunder Landgericht, der vor längerer Zeit die 1. Revision im Bräutigamschen Büro vorgenommen hat, ist hervorzuheben, daß er nach seiner Aussage von Bräutigam mit den wenig liebenswürdigen Ausdrücken: „Wer mich ärgern will, fliegt vierkantig raus und wenns der Justizminister selbst ist. Die am grünen Tisch haben überhaupt keine Ahnung vom Gerichtsvollzieherbetrieb. Ich lasse mir so etwas einfach nicht gefallen!" Bräutigam sei ein aufgeregter Mensch, sagte der Zeuge. Die erste Revision hätte aber im übrigen nichts Belastendes ergeben. Es sei wohl wahr gewesen, daß Bräutigam mit Arbeit sehr überhäuft gewesen sei.

Bräutigam selbst bestritt die von dem Zeugen bekundeten Aeußerungen. Er behauptete im Gegenteil, er habe ihn höflich empfangen.

Es kam dann ein eigentümlicher Vorfall bei einer Versteigerung in Welver zur Sprache. Da soll nämlich Bräutigam zu der angesetzten Terminstunde der Versteigerung garnicht erschienen sein. Auch sonst sollen hier, wie aus der Aussage der zu diesem Fall vernommenen Zeugen hervorging, manche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein, sodaß die Versteigerung zum Nachteil des Gläubigers garnicht habe stattfinden können.

Bei der Besprechung von Urkundenfälschung hielt der Vorsitzende der Angeklagten Leny Bräutigam vor, daß sie selbst auch etliche Quittungen durch fremde Namensunterschriften gefälscht habe. Leny Bräutigam erklärte, daß sie stets das geschrieben habe, was ihr ihre Tante, die mitangeklagte Frau Krülls gesagt habe.

Vorsitzender: Sie haben doch nun eine gute Schulbildung genossen. Sie mußten doch wissen, daß man Quittungen nicht einfach mit falschen Namen unterschreiben durfte. Daß haben Sie doch getan.

Leny Bräutigam: Sicher, das stimmt, ich habe es einfach auf Geheiß meiner Tante gemacht und habe mir nichts dabei gedacht. Im übrigen hat mich die ganze Tätigkeit im Büro meines Vaters garnicht interessiert.

Als nächster Zeuge wurde Amtsgerichtsrat Boehr aus Soest, der Aufsichtsrichter, vernommen, der seit Anfang 1927 das Amt des Aufsichtsrichters in Soest versieht. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte er, daß es zutreffe, daß Bräutigam stark überlastet gewesen sei. Er — der Aufsichtsrichter — habe sich darum auch um die Einrichtung einer dritten Gerichtsvollzieherstelle in Soest bemüht. Diese Bemühungen seien erst in diesem Jahre erfolgreich gewesen. Der andere Obergerichtsvollzieher in Soest hätte aber auch sehr viel zu tun gehabt. — Bräutigams Behauptung, daß gerade er den Bezirk gehabt hätte, der die meiste Arbeit mit sich brachte, lasse sich schwerlich nachprüfen, und daher weder bejahen noch verneinen. Der Zeuge äußerte sich weiter dahin, daß er nichts dagegen einzuwenden gehabt hätte, daß angesichts der Arbeitsüberlastung der Bürobetrieb bei Bräutigam mehr auf den Schultern der Schwägerin, einer Bürokraft, die sich jahrzehntelang bewährt hätte, geruht habe. Die Beschwerden über die Arbeitsweise des Obergerichtsvollziehers Bräutigam hätten sich anfänglich in dem üblichen Rahmen gehalten. Auch über den anderen Gerichtsvollzieher seien mal Beschwerden eingelaufen von Leuten, die sich in irgend einer Weise benachteiligt fühlten. Das sei nichts Bemerkenswertes. Als dann die Beschwerden über Bräutigam sich aber mehrten, hätten sie sich in erster Linie auf die Nichtbeachtung von Erinnerungsschreiben bezogen. Im Spätsommer sei ihm — dem Aufsichtsrichter — dann einmal aufgefallen, daß Erinnerungsschreiben nicht bei den Akten, die er zur Ansicht angefordert hatte, sich befanden, obwohl behauptet wurde, daß dazu solche vorhanden sein müßten. Mit Bräutigam habe er sich dann über die Beschwerden unterhalten. Bräutigam habe bei den Besprechungen nicht daran gedacht, daß in seinem Büro etwa Unregelmäßigkeiten vorkamen, sondern er habe zum Ausdruck gebracht, daß offenbar am Amtsgericht ein Beamter sitze, der ihm nicht wohl wolle und ihm einen Schabernack spiele. Bei früheren Revisionen, die der Aufsichtsrichter mit einem Gerichtsbeamten bei Bräutigam vorgenommen habe, sei nichts Sträfliches aufgefallen. —

Vorsitzender: Später haben Sie doch Gelder bei Bräutigam beschlagnahmen lassen.

Zeuge: Ja, das war gleichzeitig mit der Verhaftung, es waren zwischen 1 und 2000 Mark, die wir teilweise im Büro, in der Schublade, auf dem Tisch und auch in der Wohnung Bräutigams fanden. Das Erste, was ich von Verfehlungen im Bräutigamschen Büro hörte, war der Zahlungsbefehl einer Soester Zeitung wegen nicht bezahlter Insertionskosten. Das war ja überhaupt der Anlaß des ganzen Verfahrens. Ich war, als ich das erfuhr, sehr erstaunt über eine derartige Nachlässigkeit. Ich suchte daher Bräutigam auf, der bei meiner Mitteilung, daß die Insertionskosten so lange nicht bezahlt worden seien, auch aus allen Wolken gefallen zu sein schien. Er wurde außerordentlich aufgeregt und stellte seine Schwägerin zur Rede. Es wäre zu schweren Tätlichkeiten gekommen, wenn ich nicht dazwischengetreten wäre. Eine heftige Scene gab es zwischen den beiden, und Frau Krülls gab ohne Angabe der Ursache zu, daß sie das Geld unterschlagen habe. Darauf floh sie sofort aus dem Hause, sodaß keiner wußte, was und weshalb das geschehen war.

R.-A. Dr. Kaeßmann: Haben Sie es denn jemals für möglich gehalten, daß Bräutigam etwas Strafbares begehen würde?

Zeuge: Ich halte es auch heute noch für schier unmöglich, daß Bräutigam sich etwa gegen die Strafgesetze vergangen haben würde.

Auf weitere Fragen des Verteidigers bestätigte der Zeuge, daß Bräutigam in geordneten Verhältnissen gelebt, daß er ein äußerst enthaltsamer Mann gewesen sei, daß man etwa in einer angespannten finanziellen Lage nicht das Motiv etwaiger Straftaten suchen könne.

Mit der Vernehmung weiterer Zeugen soll die Verhandlung Donnerstag fortgesetzt werden.

Zur Reformationsgeschichte der Börde

Allerlei kann man über die Reformationsgeschichte von Soest anläßlich der bevorstehenden Vierhundertjahrfeier lesen. Aber wie die Dinge in der Börde gelaufen sind, darüber erfährt man nichts", so kann man gelegentlich draußen klagen hören. Und nun behandelt das neue große Werk von Dr. Hubertus Schwartz auch nur die **„Geschichte der Reformation in Soest!"** Man darf aber den Titel nicht so eng fassen. Wer in der Geschichte Bescheid weiß, daß bei der so engen Verbundenheit der Stadt mit ihrem Gebiete der Börde eine Geschichte der Reformation in Soest gleich die der Börde mitumfassen muß. Das ist auch tatsächlich in dem genannten Werke der Fall. Auf Seite 137—154 ist die „Einführung der Reformation in der Börde" einzeln für jedes der 10 Bördenkirchspiele getrennt so ausführlich, wie es das aufgefundene Urkundenmaterial gestattete, behandelt worden. Am genauesten konnte das über die Kirchengemeinde Borgeln geschehen, in der wir übrigens die erste Nachricht über eine Pfarrwahl durch die Gemeinde 1532 finden. Wiederum wird dann auf Seite 291-300 kirchspielweise die „Erneuerung der Reformation in der Börde" beschrieben. Es muß auch erwähnt werden, daß von den beiden Klöstern in der Börde Paradiese u. Welver des längeren die Rede ist. Interessant ist die „Zeittafel der wichtigsten Ereignisse 1526—1575", die nebeneinander die Begebenheiten, die sich in den einzelnen Kirchspielen zugetragen haben, aufzählt. Dabei sind die Kirchspiele der Oberbörde und die der Niederbörde getrennt aufgeführt. Endlich darf nicht vergessen werden, daß eine sehr klare Karte die Kirchspieleinteilung der Börde genau wiedergibt. In Summa: Das Buch von Dr. Schwartz ist für die Börde ebenso gut von größtem Interesse, wie für die Stadt selbst.

Dieses „Volksbuch" darf auch in der Börde, um mit dem berufensten Beurteiler, dem Professor der Kirchengeschichte an der Universität Münster, Dr. D. Rothert, früher Pfarrer an St. Thomas in Soest, zu reden „Einlaß in jedes evangelische Haus fordern.

Stand der Hauptunterstützungsempfänger

im Bzirk des Arbeitsamtes Soest am 31. Oktober.

		Hauptunt.-Empf. in der Arbeitsl.-Vers.	Hauptunt.-Empf. der Krisenfürsorge
1.	Stadt Soest	137	342
2.	Stadt Werl	31	88
3.	Amt Werl	19	84
4.	Amt Borgeln-Schwefe	28	50
5.	Amt Lohne	13	22
6.	Amt Oestinghausen	20	20
7.	Amt Körbecke	7	5
8.	Amt Bremen	15	32
	Sa.	270	643

Aus dem Kreise Soest

Bad Sassendorf, 17. Nov. **Diamantene Hochzeit.** Am heutigen Tage können in geistiger und körperlicher Frische die Eheleute Eisenbahnschaffner i. R. Friedrich Kaufmann und Gattin das seltene und schöne Fest der Diamantenen Hochzeit feiern. Im Kreise der Kinder und Anverwandten wird der heutige Jubiläumstag begangen werden. Dem diamantenen Paare, das auch schon Jahrzehnte das Soester Kreisblatt liest, neben den vielen anderen Glückwünschen auch herzlichst die unsrigen. Möge ihm ein sonniger und zufriedener Lebensabend in Gesundheit und Frische beschieden sein!

Großes Schöffengericht Hamm

Wann sind Versicherungsmarken „bereits entwertet?" — Ein interessantes Gerichtsurteil.

Der Land- und Gastwirt St. aus Westönnen hatte längere Zeit einen Russen als Arbeiter beschäftigt. Als dieser eines Tages auf die Deutschen geschimpft hatte, wurde er im Dorfe derart verprügelt, daß er es vorzog, den Aufenthaltsort zu wechseln. Nach kurzer Zeit kam er jedoch zurück und wurde auch wieder von St. eingestellt. Da nun aber der Russe ein liederliches Leben begann, entließ ihn sein Dienstherr. Der Landwirt, zu dem der Russe jetzt in Stellung kam, klebte keine Invalidenmarken, weil er glaubte, dies für einen Ausländer nicht tun zu brauchen. Der Russe meldete sich deshalb beim Amt, das dem Landwirt klarmachte, daß auch für ausländische Arbeiter Invalidenmarken zu kleben wären. Dieser wandte nun ein, daß auch der frühere Dienstherr des Russen keine Marken geklebt habe. Das führte zur Prüfung der Angelegenheit durch die Behörde. Man fand nun, daß in der Invalidenkarte des Russen von St. Marken geklebt waren, die bereits einmal verwendet wurden. Ferner stellte man fest, daß auf der Invalidenkarte die Nummer 1 in 2 umgeändert worden war.

St. hatte sich nunmehr wegen Urkundenfälschung u. Vergehens gegen die Reichsversicherungsordnung zu verantworten, weil er bereits entwertete Marken wieder verwendet hatte. Der Angeklagte bestritt die Urkundenfälschung, sie konnte ihm auch nicht nachgewiesen werden. In Bezug auf zweimalige Verwendung der Marken äußerte der Angeklagte folgendes: Für einen Hütejungen wären von seiner Tochter irrtümlich zu hohe Beitragsmarken geklebt und entwertet worden. Diese Marken habe er dann aus der Karte des Hütejungen wieder herausgenommen und — mit einem neuen Datum versehen — in die Karte des Russen eingeklebt. Der Verteidiger wies darauf hin, daß der Sinn des Gesetzes nur der sein könne, daß Marken nur dann nicht wieder verwendet werden dürften, wenn sie bereits einmal ihren Zweck erfüllt hätten. Das sei aber in vorliegendem Falle nicht geschehen. Deshalb sei St. auch insofern freizusprechen. Das Gericht erkannte aber — bei einer Freisprechung wegen Urkundenfälschung — wegen Vergehens gegen die Reichsversicherungsordnung auf eine Geldstrafe von 75 Mark. Es führte in der Begründung aus, Beitragsmarken seien im Sinne des Gesetzes verwendet, wenn sie bereits eingeklebt und entwertet worden seien.

Wetter-Vorhersage.

Bei schwachen Winden wechselnder Richtung Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters. — Im Flachlande noch immer Nachtfrost.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Bewölkungszunahme und Temperaturanstieg, sonst keine Aenderung.



Aus dem Parteileben

Nach der Wahl!

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei erläßt folgende Erklärung:

Die Deutsche Volkspartei hat einen starken politischen Erfolg errungen! Die Zeit der Depression ist überwunden!

Ich danke allen Freunden, die in hingebender Arbeit und standhafter Treue in dieser schweren Zeit gekämpft haben. Sie haben mit mir das Bewußtsein, daß die Kraft des nationalen Liberalismus lebendig ist. Das legt uns die Verpflichtung auf, keinen Augenblick zu ruhen, sondern die Bresche zu erweitern, die jetzt für Einsicht und Besonnenheit geschlagen worden ist.

Der Kampf um die feste Staatsführung dauert an. Wenn auch die schwarz-braune Mehrheit gebrochen ist, so besteht nach wie vor die Gefahr des wirtschaftlichen und politischen Radikalismus. Ihm wollen wir mit den lebendigen Kräften der politischen Gedankenwelt unserer nationalliberalen Anschauungen entgegentreten.

Die Deutsche Volkspartei antwortet auf das Vertrauen der Wähler mit der Verpflichtung, in großzügiger Aufnahmebereitschaft mit allen in einer Gemeinschaft zusammenzuwirken, die unter Abwehr des Radikalismus, aber auch unter Abwehr bloßer reaktionärer Gelüste, für den **wahrhaften Ausgleich** von Autorität und Freiheit kämpfen wollen.

Dingeldey.

Turnen, Spiel, Sport.

Handball.

1. Mannschaft Gymnasium — 1. Mannschaft Turnverein Borgeln 6:2.
2. Mannschaft Gymnasium — 2. Mannschaft Turnverein Borgeln 0:4.

Preußen Werl — BfR. Soest.

Die Rasenspieler lieferten gestern den Werler Preußen ein Gesellschaftsspiel, aus dem die Hiesigen mit 2:1 als knappe Sieger hervorgingen. Die Rasenspieler hatten einige neue Leute zum Probespiel eingestellt.

S. S. Soest — Boruffia Lippstadt.

Die Braun-Weißen hatten in den flinken und auch technisch guten Borussen aus Lippstadt einen guten Gegner verpflichtet. In einem äußerst spannenden Kampf blieben die Spiel und Sportler mit 1:2 unterlegen.

Alte-Herren S. S. — Alte-Herren Lippstadt.

Ueberraschenderweise melden auch die kampfgewohnten und kampferprobten Alten Herren der Hiesigen eine Niederlage: 1:0. Mit dem knappsten aller Ergebnisse wurden sie von den Lippstädter Kollegen hereingelegt. Bei dem in der Alten-Herrenmannschaft herrschenden Kampfgeist wird man nicht lange auf das Rückspiel warten brauchen, um möglichst schnell Revanche nehmen zu können.

Borgeln: Handball.

Die 1. Mannschaft Turnverein Borgeln hatte die 1. Mannschaft Turnverein „Jahn"-Soest zum fälligen Meisterschaftsspiel bei sich zu Gaste. Jahn spielte nur mit 10 Mann. Trotzdem zeigte Jahn ein gutes Feldspiel und auch Ballsicherheit, beides verbunden mit großem Eifer. Die 2 Punkte blieben aber mit 5:3 in Borgeln. In der letzten Viertelstunde versuchten beide Mannschaften das Resultat noch höher zu gestalten bezw. ein Unentschieden herauszuholen; dadurch kam von beiden Seiten eine gewisse Härte und Schärfe in das schöne und schnelle Spiel. Der Schiedsrichter hatte aber das Spiel jederzeit in der Hand.

Alle Sorten
Oele und Fette, Decken, Treibriemen, Asbestdichtungen
stets vorrätig
Paul Piel, Soest i.W.
Telefon 165 Grandweg 67

Deutsche Turnerschaft

Deutsche Turnerschaft!

Vereinsfachwarte- und Vorsitzendentagung des Ostwestfälischen Turngaues!

Der Ostwestfälische Turngau hält am Sonntag, den 20. ds. Mts., beim Turnverein „Lippstadt 48" Lippstadt seine diesjährige Vorsitzenden- und Fachwartetagung ab. Der Arbeitsplan ist folgender: 10 Uhr Beginn der Lehrstunde für Geräte-, Volks-, Jugend- und Kinderturnen in der Turnhalle der Wilhelmschule. Die Lehrstunde für die Turnerinnen beginnt ebenfalls um 10 Uhr in der Turnhalle des Realgymnasiums.

Um 13 Uhr findet eine gemeinsame Besprechung im Gasthof „Zum drei Kronen", Marktstraße, statt.

Die Vereinsvorsitzendentagung beginnt um 15 Uhr im „Westfälischen Hof", Marktplatz. Der Gauturnrat erwartet bei der so großen Wichtigkeit dieser Vorsitzendenbesprechung, daß jeder Gauverein vertreten ist durch den Vorsitzenden oder aber seinem Stellvertreter. Gut Heil!

Fritz Haneke, Gaupressewart.

Olympiasieger Egmond am Sonntag in der Westfalenhalle.

Für die sonntäglichen Radrennen in der Westfalenhalle ist es gelungen, den diesjährigen Olympiasieger, den Holländer Egmond zu gewinnen. Die deutschen Fahrer hatten bekanntlich keine Gelegenheit in Los Angeles mit den ausländischen Sprintern ihre Kräfte zu messen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß insbesondere dem Breslauer Frach, der in Rom bei den Weltmeisterschaften den dritten Platz herausfahren konnte. Gelegenheit gegeben wird, am Totensonntag in Dortmund zu beweisen, daß er auch einen Olympiasieger nicht zu fürchten braucht. Die Dortmunder Farben wird wie im Vorjahre bei dem Fliegerkriterium Ungethüm verteidigen. Da aber noch die Frage zu klären ist, ob Ungethüm heute besser ist als der Gaumeister Hasselberg, wird der Bochumer als vierter Teilnehmer zum Kriterium zugelassen. Die übrigen Teilnehmer stehen noch nicht endgültig fest.

„Mein erster Sieg."

Auf Wunsch zahlreicher junger Fahrer hat sich der Bezirk Dortmund im B. D. R. entschlossen, am Totensonntag bei dem „Helden-Gedenkrennen" auch das im vorigen Jahr bei den Fahrern so beliebte Rennen **„Mein erster Sieg"**, einzulegen. Am Tage selbst kommt jedoch nur der Endlauf zur Durchführung, während die Ausscheidungsläufe bereits am Fritag abend 7 Uhr asgefahren werden.

Geschäftliches.

Ein Helfer in der Not.

Die meisten Hausfrauen müssen heute mit sehr knappen Mitteln haushalten und darauf bedacht sein, jeden Pfennig zu sparen, wo es nur irgend geht. Sparsamer, aber doch so gründlich und schonend, wie überhaupt möglich, können Sie mit Dr. Thompson's Schwanpulver waschen, schrubben und putzen. — Schwanpulver ist noch immer das beste und billigste und deshalb gerade heute jeder Hausfrau doppelt willkommen. Ein Paket Schwanpulver kostet nur 24 Pfg., das Doppel-Paket nur 44 Pfg. und Seifix zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche, das Paket nur 14 Pfg. Verwenden Sie in Ihrem Haushalt auch schon die reine, milde Schwanseife?

Wirtschaftliches

Dunlop Tennis-Golfbälle, Tennis-Schläger.

Im Vertrieb der bekannten Dunlop Tennis- und Golfbälle sowie Tennis-Schläger ist ab 1. Oktober ds. Js. eine Aenderung eingetreten und der Verkauf wieder von der Firma Deutsche Dunlop-Gummi Compagnie A.G. Hanau-Main übernommen worden.

Die seitherige Belieferin des deutschen Marktes die Firma Deutsche Macinlop G. m. b. H., Berlin SW. 68, Schützenstr. 59, befindet sich ab diesem Tage in Liquidation.

Die Firma Dunlop wird den Vertrieb obiger Artikel bis auf weiteres ab Hanau vornehmen, wo bei in Aussicht genommen ist, die Verkaufsorganisation unter Hinzuziehung der eigenen Dunlop-Reifen Verkaufsniederlagen innerhalb Deutschlands im kommenden Frühjahr auszubauen.

Dunlop Tennisbälle und Schläger haben Weltruf und sind als Spitzenerzeugnisse anerkannt. Hinzu kommt eine Preiswürdigkeit, die nur ein Unternehmen wie Dunlop neben hoher Qualitätsleistung zu bieten imstande ist.

Berliner Produktennotierungen.

Berlin, 15. Nov. Weizen, märk. 199—201 Dez.-Lieferung 209,5, März-Lieferung 211,5—210,75, Mai-Lieferung 215,5—215, Roggen, märk. 157—159 Dez.-Lieferung 167—166,75, März-Lieferung 170,75 bis 170,5, Mai-Lieferung 174,75, Braugerste 170 bis 180, Industrie- und Futtergerste 132—136, Weizenmehl 24,40—27,40, Roggenmehl 20,25—22,50, Weizenkleie 9,40—9,90, Roggenkleie 8,55—8,85.

Viktoriaerbsen 21—26, Kleine Speiseerbsen 20 bis 23, Futtererbsen 14—16, Leinkuchen 10,10 bis 10,20, Erdnußkuchen 10,80, Erdnußkuchenmehl 11,10, Trockenschnitzel 8,90, extrah. Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,30, dto. ab Stettin 11 Mark.

Altenessener Schweinemarkt.

Engrospreise in Rm. Auftrieb: 390 Ferkel, 110 Läuferschweine. Gesamtauftrieb: 410 Stück. — Preise: Ferkel von 6—8 Wochen 5—8 Mark, von 8 bis 12 Wochen 8—12 Mark, Ferkel von 3—4 Monaten 12—17, Ferkel von 4—6 Monaten 17—30 Mk. Handel langsam.

Düsseldorfer Viehmarkt.

Düsseldorf, 14. Nov. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig. Ochsen: a) 30—33, b) 25—29, c) 20—24; Bullen: a) 25—27, b) 21—24, c) 16—20, d) —; Kühe: a) 27—29, b) 23—26, c) 18 bis 22, d) 13—17, Färsen: a) 27—30, b) 23—26, c) 17—22; Kälber: a) —, b) 42—48, c) 32—41, d) 20 bis 31; Schweine: a) —, b) 40—44, c) 39—44, d) 38 bis 42, e) 36—39, Sauen: 33—35.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

Zum Schlachten
empfehle:
in feinsten frischen Qualitäten:
Ia Gerstengrütze,
Ia Buchweizenmehl,
Ia Weizenmehl, lose und in Btl.,
Ia Salinen-Salz, fein und grob,
Papierdärme
alle Weiten,
Kranzdärme,
Wurstegarn,
Gewürze aller Art, ganz u. gemahlen
Salpeter,
Majoran,
Tymian.
Neu aufgenommen
Seidendärme
vorzüglich für Dauerwurst.
Machen Sie einen Versuch
Trotz meiner niedriger Preise
noch 5 Proz. Rabatt.
Carl Stolper, Soest
und Filialen.

Möbliertes
Mansardenzimme
an Frl. billig zu verm.
Zu erfrag. in d. Gesch.
unter Nr. 5915

100 Cigarillos
3 Mark
rein überseeische Qualität.
Adolf Storck,
Brüderstr. 5.

Schöne, ruhige
4½Zimmerwohnung
(Altb., 1. Etage) mit 2 Mansarden, Schonekindstr. 36 ab 1. 12. 32. an Dauermieter preiswert zu vermieten.
Auskunft bei
Heissenberg,
Schonekindstr Nr. 36.

Zum Schlachten
Pergamentdärme
in allen Breiten,
trockene Rinder-Kranzdärme,
gesalzene Mitteldärme,
gesalzene Schweinsdärme,
Wurstgarn,
Krummhölzer,
Schlachtleitern,
Schlachtmesser,
Fleischhackmaschinen,
Wurststopfmaschinen,
Emaillewannen
Oberwinter
hinterm Rathaus

TAPETEN
Farben Lacke Pinsel Glas
Gebr. Aschoff
Jakobistraße 15

Stadttheater Dortmund

Donnerstag, 17. Nov. **„Nur eine Mark"**, Anfang 20 Uhr, Ende gegen 22,15 Uhr.

Freitag, 18. Nov. **„Menschen am Schienenstrang"**, Anfang 20 Uhr, Ende nach 22,45 Uhr.

Samstag, 19. Nov. **„Der Mann im gelben Mantel"**. Anfang 20 Uhr, Ende gegen 23 Uhr.

Sonntag, 20. Nov. Nachmittags 15,30 bis gegen 17,45 Uhr. **Geschlossene Vorstellung.** Abends: 20 bis nach 22,35 Uhr. **„Cavalleria rusticana"** und: **„Der Bajazzo"**.

Verlangen Sie auch beim Nachfüllen von MAGGI's Würze MAGGI-Gutscheine!
- Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI's Suppen und MAGGI's Fleischbrühwürfel, gibt es Gutscheine -

Holk der Narr

ARHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

Roman von Anna Franken

(39. Fortsetzung.)

„Du bist kostbar!"

„Das sowieso, mein Guter! Jedenfalls werde ich mich mein Lebtag nur auf mich selbst verlassen."

Vom Hofe herauf hupte das Auto.

„Fertig!" rief Mia. „Den da unten darf ich nicht warten lassen. Damit du unterrichtet bist, er ist nämlich mein Fahrlehrer. Man kann nie wissen, ob man nicht mal 'nen Kompagnon nötig hat."

Sie verneigte sich vor Rainer und bot ihm den Arm.

„Herr Reyher — darf ich bitten?"

Da Rainer wie eine Säule stand, sprachlos, keines Wortes fähig, legte sie seinen Arm in den ihren.

„Es wird gut sein, wenn du mich zum Wagen begleitest. Vielleicht haben wir uns noch einiges zu erzählen."

Rainer blieb stehen.

„Was ist, Mia? Mach's kurz! Ich bitte dich!"

Aufrecht standen sich die beiden Menschen gegenüber.

„Wir müssen uns trennen, Rainer!" sagte Mia fest, ein wenig Traurigkeit in ihrer Stimme.

„Nein," sagte er hastig. „Sprich nicht so, Mia, ich bitte dich!"

„Es muß sein!" entgegnete sie ernst. „Du bist ein anständiger Kerl, mir gegenüber . . . und ich will's auch sein. Und Ehrlichkeit soll zwischen uns sein Ich muß dir heute sagen . . . ich habe erkannt, daß ich dich nicht lieb habe!"

Sie sah, wie der Mann zusammenzuckte, wie seine Züge starr wurden.

„Nicht . . . liebe! Das klingt hart, Rainer! Es war eine gute Freundschaft, die uns einte und ich habe erkannt, daß sie doch nicht reichen wird, um ein ganzes Leben lang zusammenzugehen."

„Mia!"

„Es reicht nicht, Rainer!" sprach sie traurig. „Komm', wir wollen uns wie reife Menschen austauschen und ein Ende machen . . . um gute Freunde zu bleiben. Das möchte ich, Rainer."

* * *

Stillegung!

Die Kunde ging an diesem Morgen durch den ganzen Steinschen Betrieb und die Menschen sahen sich an.

Die Belegschaft trat in der Mittagspause — nein, nach Schluß der Arbeit, denn man arbeitete ja nicht länger, zusammeln und sprach sich aus.

Man wählte eine Abordnung und schickte sie zu Stein.

Stein empfing sie gemeinsam mit Sauerwein. Er saß zusammengesunken in seinem Sessel.

Der Christuskopf des alten Werkmeisters Johann ragte aus den Männern hervor. Wie eine Anklage stond's in den leidenden Augen. Johann nahm das Wort für alle.

„Herr Stein . . . wir kommen mit einer Frage . . . es ist heute gesagt worden . . . Stillegung!"

Stein nickte apathisch.

„Ja, Johann . . . Stillegung!"

„Läßt sie sich nicht aufhalten, Herr Stein? Wir sind nun schon so lange mit der Firma zusammengegangen . . . und . . . da hängt man doch dran . . . da . . . da möchte man doch seinen Platz behalten . . . wie es nur geht! Gibt es keinen Weg?"

Stille im Zimmer, bis August Steins müde Stimme die Stille durchbrach

„Es gibt keinen Weg! Man hat mich . . . abgedrosselt! Geht rüber zum Holk, der mir schon den größten Teil meiner Arbeiter wegengagiert hat. Holk ist schuld!"

Er machte eine Pause.

„Und macht euch keine Sorgen. Ich denke, der Holk . . . der Holk wird euch schon brauchen. Holk . . . Holk . . . hat mich fertiggemacht! Wo er konnte hat er uns unterboten, die Aufträge abgejagt! Mit seinem Gelde konnte er diktieren. Holk hat die Hypothek von zweihunderttausend Mark von Reyher erworben. Hat sie gekündigt. In sechs Tagen soll ich sie zahlen! Und dann . . . ich kann nicht zahlen . . . Zwangsversteigerung!"

Er schrie das Wort, wie von körperlichem Schmerz gequält, heraus, da die Männer erschüttert mit gesenkten Köpfen standen.

„Ich war in meinem Leben nicht immer der Beste! Ja . . . gib's nur zu, Johann . . . alter Johann . . . gib's nur zu. Ich war manchmal ein Rabenaas! War ich! Ich war kein Guter! Aber ihr habt doch Arbeit gehabt bei mir! Das Ende habe ich nicht verdient! Geht zu Holk!"

Steins Augen traten aus den Höhlen.

Er brüllte auf, wie ein Stier.

„Geht zu Holk, dem Buckligen . . . Narren . . . haut ihn auf, den Schuft, der mich zu Boden gebracht hat! Er macht mich zum Bettler . . . der Hund . . . der Hund!"

Erschöpft sank er in den Sessel zurück.

Scheu schlichen die Arbeiter hinaus.

* * *

Stein legt still!

Das ging durch die Stadt wie ein Gespenst. Wenn es auch nur noch einen kleinen Teil der Textilarbeiter traf, sie empfanden es alle wie einen Schlag, sahen neues Unheil heranwachsen.

Dachten, daß sie alle bald selber nicht mehr an den Webstühlen stehen würden.

Und die Stimmung lag auch über den Gästen, die heute zu dem Hausschmaus auf dem Bauernsteig gekommen waren.

So sehr sich auch der Stadtkoch, der jedesmal beim Hausschmaus dort arbeitete, mühte, das Beste vom Besten zu bieten, so delikat auch der Hasenbraten, der Karpfen, der Rehrücken war, so gut der Wein — auf den hielt der Wirt — schmeckte, man spürte doch, daß die rechte Stimmung fehlte.

Es war für die Fabrikherren Tradition, den Schmaus auf dem Bauernsteig zu besuchen, und auch heute waren sie in konservativer Treue gekommen.

Hippelt war mit seiner Tochter anwesend. Reif, Brand, alle waren mit ihren Frauen da, trotz der Sorgen, die sie in sich bargen.

Man konnte sich nicht alles verkneifen.

Auch der junge Schröder war unter ihnen und mühte sich sehr um Ellen, die mit viel Spannung immer nach der Tür sah, wenn neue Gäste kamen.

Sie wartete auf Richard Wein.

Mit den Stunden stieg allmählich die Stimmung.

Man lachte, trank sich zu, erzählte Witze und kramte in alten Erinnerungen.

Der Lautsprecher gab Musik zum besten.

Abends gegen neun Uhr kam Richard Wein, gewinnend wie immer.

(Fortsetzung folgt.)

Wir und Frankreichs Pläne

Wo bleibt Deutschlands Gleichberechtigung?

Der deutsche Standpunkt zum französischen Vorschlag

Nach Beurteilung der zuständigen deutschen Stellen charakterisiert sich der französische Plan durch seinen Aufbau von vornherein nicht als ein Abrüstungsplan, sondern als

ein Plan zur politischen Organisierung Europas nach den bekannten französischen Gesichtspunkten.

Es sind in neuer Form die alten Gedanken des Genfer Protokolls, die hier wieder aufgenommen werden und die schließlich auf die Sicherung des territorialen status quo hinauslaufen. Dabei enthält der Plan zwei

wesentliche logische Konstruktionsfehler.

Er verbindet einmal Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden könnten und müßten, mit solchen, deren Durchführung lange Zeit erfordern würde. Ferner macht er Sicherheitsvorschläge, die eine bereits vollzogene allgemeine Abrüstung und einen gewissen Rüstungsausgleich zwischen allen Staaten zur Voraussetzung haben müßten.

Die Frage der deutschen Gleichberechtigung wird in dem französischen Plan vollständig offen gelassen.

Die Verwirklichung unserer Ansprüche wird in eine ungewisse Zukunft verschoben, wenn auch eine Art Rahmen dafür durch die Bestimmung geschaffen ist, daß in allen Staaten dieselbe Heeresorganisation zur Durchführung gelangen soll.

Zu den einzelnen Punkten des Planes ist folgendes zu bemerken:

Soweit das Kapitel 1 des französischen Planes in Frage kommt, sind hier nach wie vor die in Anlage F zum Locarno-Vertrag festgelegten Vorbehalte von Bedeutung, die sich auf die besonders militärische und geographische Lage Deutschlands beziehen und die sich in diesem Jahre viele Staaten zu eigen gemacht haben.

Die vorauszusehende englische Ablehnung einer Erweiterung des Sanktionssystems hat die französische Regierung dazu geführt, zum Kernpunkt ihres Sicherheitssystems den europäischen kontinentalen Nichtangriffspakt zu machen. Hier erheben sich alle die Bedenken, die deutscherseits seit Jahren gegen ein solches System geltend gemacht worden sind.

Die politische Hegemonie, gegründet auf militärische Ueberlegenheit einzelner Staaten und Staatsgruppen wird hier verewigt.

Das französische Bündnissystem wird in Völkerbundsform sanktioniert, wobei das ganze System von demjenigen Staat als bequemes Instrument gehandhabt werden kann, der sich mit seinen Trabanten im Völkerbundsrat eine einfache Mehrheit zu schaffen vermag. Besonders charakteristisch für die französische Einstellung ist dabei die Einzelbestimmung über bestehende besondere Vereinbarungen, womit natürlich die Demilitarisierung des Rheinlandes gemeint ist, die mit allen sich daran knüpfenden militärischen Konsequenzen in Geltung bleiben soll.

Die Vereinheitlichung oder Standardisierung der europäischen Festlandarmeen ist wohl der einzige gesunde Gedanke,

den der französische Plan enthält. Deutscherseits besteht kein Grund, diesen Punkt und den damit verknüpften Vorschlag einer besonderen Völkerbundsarmee abzulehnen.

Sehr zweideutig sind die Ausführungen des französischen Planes über die Sonderrechte und

Sonderstellung der Kolonialmächte,

die anscheinend ihre Kolonialarmeen nicht oder nicht wesentlich abzurüsten brauchen. Der größte Teil der französischen Kolonialarmee von 250 000 Mann langgedienter Truppen ist nur wenige Dampferstunden von dem französischen Mutterlande entfernt, zum Teil ist er sogar in Frankreich garnisoniert.

Völlig grotesk mutet der Vorschlag an, das den Milizarmeen zu entziehende

schwere Material unter einer nominellen Völkerbundskontrolle

in den einzelnen Ländern selbst zu lagern und jedem Staat nach seinem Ermessen, falls er sich angegriffen fühlt, wieder zur Verfügung zu stellen. Daß auch andere angegriffene Staaten auf dieses Material zurückgreifen können, ist utopisch, da ja doch die Angehörigen einer Milizarmee mit schwerer Artillerie, an der sie nicht ausgebildet wurden, und mit Flugzeugen nichts anzufangen wüßten.

Auf diese Weise will Frankreich es vermeiden, seine ungeheuren Mengen schweren Materials durch Zerstörung, die Deutschland hundertprozentig durchführen mußte, auch nur zu reduzieren.

Es sichert sich damit eine Ueberlegenheit auf dem Gebiete der qualitativen Rüstungen, die dazu dienen muß, die Ungleichheit, die wir bekämpfen, zu verewigen.

Unklar formuliert ist die an sich durchaus begrüßenswerte Forderung nach einer internationalen

Kontrolle der Waffenfabrikation

Was die Kontrolle mit Investigationsrecht anlangt, die der Plan fordert, so wird diese deutscherseits nicht grundsätzlich abgelehnt, wohl aber auch deutscherseits gefordert, daß eine gleiche Kontrolle gleiches Recht, gleiche Beschränkungen und gleiche Pflichten zur Voraussetzung hat.

Alle Gesichtspunkte einer durchgreifenden und radikalen Abrüstung fehlen völlig.

Es ist keine Rede von einer Abschaffung der Schiffe über 10 000 Tonnen und der U-Boote.

Zur Abrüstung der Luftstreitkräfte wird nur bekanntes wiederholt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Abrüstungswirkung des französischen Planes, wenn er angewandt würde, recht geringfügig sein müßte. Die nächste Wirkung wäre jedenfalls eine Vertagung der effektiven Abrüstung auf längere Zeit.

Der Plan ist auch in seinem bescheidenen militärischen Teil vollkommen auf die französischen Bedürfnisse und die Entwicklung des französischen Heeres zugeschnitten,

das auf dem Wege einer fortschreitenden Verkürzung der Dienstzeit nunmehr an der Milizgrenze angelangt ist. Der Plan sieht vor, daß andere Staaten dem französischen Beispiel folgen sollen, um den Abstand, der zwischen den französischen und anderen Heeren besteht, aufrechtzuerhalten. Tatsächliche Gleichberechtigung und die Sicherheit, die aus der allgemeinen Abrüstung entspringt, wird anderen Staaten nicht gewährt. Diese werden auf juristische Sicherung verwiesen, sowie auf den Schutz, den ihnen die französischen Armeen auf Grund des Art. 16 zuteil werden lassen würden. Damit soll die politische Suprematie, wie sie sich aus der militärischen Wehrmacht ergibt, verewigt werden. Das Fehlen von konkreten Vorschlägen für die Verminderung der militärischen Kräfte muß auf das schwerste enttäuschen.

Es ist vorauszusehen, daß bei Befolgung des französischen Vorschlages eine fünfjährige Abrüstungskonferenz anstelle einer fünfjährigen Abrüstungsetappe treten würde. In Paris hat man, offenbar im Gegensatz zu London, wo ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit zu Tage getreten ist, noch immer nicht Sinn und Zweck der Abrüstungskonferenz erkannt. Es bleibt abzuwarten, was die amerikanische Regierung, die das heute so brennend gewordene Problem der interalliierten Schulden mit der Abrüstung in Zusammenhang gebracht hat, hierzu zu sagen haben wird. An dieser Frage der Regelung der interalliierten Verschuldung ist aber die ganze Welt nicht weniger interessiert wie an der Abrüstung selbst.

Ein privater englischer Vorschlag

John W. Wheeler-Bennett, Herausgeber der jährlich erscheinenden „Dokumente über internationale Angelegenheiten", sagt in einem Brief an die Times, bevor sich das öffentliche Interesse auf den französischen Plan konzentriere, sollte hervorgehoben werden, daß die Frage der deutschen Gleichberechtigung noch immer ungeregelt sei, und daß, solange dies der Fall sei, ein Fortschritt in der Abrüstungsfrage unmöglich sei. Infolgedessen wolle er eine Formel zur Lösung des Problems vorbringen, von der er sehr guten Grund habe, zu glauben, daß sie für die deutsche Regierung annehmbar wäre.

Diese Formel besage:

1. Die neu abzuschließende Abrüstungskonvention ersetzt Teil V des Versailler Vertrages.
2. Die Dienstdauer der Reichswehr wird teilweise vermindert.
3. Deutschland erhält das Recht, eine freiwillige Miliz zu schaffen, die nicht mehr als die Hälfte der Zahl der Reichswehrsoldaten ausmachen darf, d. h. nach dem gegenwärtigen Stande nicht mehr als 50 000 Mann.
4. Deutschland erhält die Möglichkeit, die Reichswehr und Reichsmarine in wirtschaftlicherer Weise instandzuhalten und mit Material zu versorgen, als dies im Versailler Vertrag vorgesehen ist, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie andere Mächte.
5. Deutschland wird sich freiwillig bereit erklären, seine Streitkräfte während der Zeit zwischen der ersten und der zweiten Abrüstungskonferenz nicht über die Vertragsgrenzen hinaus zu vermehren.
6. Deutschland verzichtet unverzüglich auf die Angriffswaffen, die die anderen Mächte sich verpflichten, innerhalb einer bestimmten Anzahl von Jahren aufzugeben.
7. Deutschland erhält das Recht auf Gleichheit in allen Waffenkategorien, die durch die neue Abrüstungskonvention nicht begrenzt werden.
8. Deutschland verpflichtet sich, sein normales durchschnittliches Militärbudget trotz der vorerwähnten Reorganisation nicht zu erhöhen.

Der Einsender fügt hinzu, diese Zugeständnisse gingen nicht weiter als die von Dr. Brüning im April in Genf und später in der Denkschrift vom 29. August geforderten.

Die Reichsbaudarlehen für Eigenheime

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung ist, wie der Oeffentlichkeit bereits bekannt ist, auch die Förderung des Eigenheimbaues vorgesehen. Die Reichsregierung will mit dieser Aktion den gesunden Zug zum Eigenheim vorwärts treiben. Durch die Bereitstellung von Reichsbaudarlehen soll den Bauwilligen der Spitzenbetrag zugeführt werden, der zur Inangriffnahme ihres Hauses vielfach fehlt; damit soll die Bauwirtschaft belebt und zugleich den im Sparstrumpf steckenden Kapitalien eine sichere Anlagemöglichkeit geschaffen werden. Die näheren Bestimmungen über die Förderung des Eigenheimbaues sind nunmehr ergangen und im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht worden.

Austritt des Warenhausverbandes aus der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels

Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V., Berlin, hat beschlossen, aus der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels auszuscheiden.

In einer vom Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser veranstalteten Pressebesprechung begründete Professor Bernhard diesen Beschluß. Der Warenhausverband hätte, so führte Bernhard aus, sich zu diesem Schritt entschließen müssen, da eine Zusammenarbeit mit der Hauptgemeinschaft durch den Beschluß, gegen einzelne Gruppen innerhalb dieser Organisation Sondersteuern zu beantragen, für ihn untragbar sei. Der Steuerentschluß stelle eine grundsätzliche Entscheidung dar; diese Handlungsweise bedeute einen Bruch mit den in den Statuten der Hauptgemeinschaft festgelegten Grundsätzen. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser sei bereit, mit allen Verbänden, die ihre Ziele mit ihm in gleicher Richtung verfolgen, in einer Interessengemeinschaft zusammenzuarbeiten. Dagegen sei jede Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Hauptgemeinschaft unmöglich geworden. Bis jetzt lasse sich noch nicht übersehen, ob auch andere Verbände, wie beispielsweise der Filialbetriebsverband, die gleiche Konsequenz wie der Warenhausverband ziehen werden. Auch der Reichsverband der Nahrungsmittelfilialbetriebe stehe, soweit sich übersehen lasse, auf dem Standpunkt, daß eine Sondersteuer unannehmbar sei. Der Warenhausverband sei gegen jede Zentralisierung; den örtlichen Organisationen werde die Regelung der Frage ihres Austritts aus der Hauptgemeinschaft selbst überlassen bleiben.

Die Sturmkatastrophe in Japan

In den letzten amtlichen Feststellungen über die Folgen der Sturmkatastrophe in Japan werden folgende Zahlen genannt: Getötet in Tokio 6 Personen, in den Tokio benachbarten Bezirken 53, vermißt 62. Vollständig zerstört sind 4800 Häuser, zum Teil zerstört 10 300, unter Wasser stehen 53 000 Wohnstätten. Eine Anzahl von Fischerbooten mit insgesamt 250 Mann an Bord ist verschollen.

Gefängnis- und Zuchthausstrafen wegen Landfriedensbruchs

Die Große Strafkammer Hildesheim fällte in dem Landfriedensbruchprozeß, dem die schweren Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten am 10. Juli d. Js. in Alfred zugrunde lagen, das Urteil: Es erhielten von der nationalsozialistischen Gruppe sechs Angeklagte Gefängnisstrafen von 8 bis 6 Monaten, weitere Angeklagte Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis 2 Wochen. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Von den Mitgliedern der Eisernen Front erhielten zwei Angeklagte 2 Jahre bezw. 1 Jahr Gefängnis, der Angeklagte Bause 1 Jahr, 6 Monate Zuchthaus, die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von 8 bis 4 Monaten. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Ueberfall auf deutsche Sänger in Polen keine strafwürdige Tat!

Am 8. Juni d. J. wurden in der jetzt zu Polen gehörenden posenschen Stadt Kolmar deutsche Sänger von einer aufgehetzten polnischen Menge überfallen und blutig geschlagen. Etwa 100 Mitglieder eines deutschen Gesangvereins, Männer und Frauen, hatten sich im Schützenhaus zu Kolmar zu einer Gesangprobe versammelt, als plötzlich die Polen in den Saal eindrangen und auf die deutschen Sänger und Sängerinnen mit Knüppeln und Stühlen einschlugen. Dabei wurden zahlreiche Personen schwer verletzt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Polizei erschien erst eine Stunde nach der Tat, als die Täter längst abgezogen waren. Der Ueberfall verfolgte den Zweck, das in Kolmar geplante deutsche Gauliedfest zu vereiteln. Mit Rücksicht auf die bedrohte Sicherheit der Sänger wurde dann das Fest abgesagt.

Von den Verletzten wurde Klage wegen Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung erhoben. Dreizehn Täter konnten namentlich ermittelt und eine Reihe von Zeugen benannt werden. Zu allgemeiner Ueberraschung ist von der polnischen Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, daß das Verfahren mangels einer strafwürdigen Tat (!) abgelehnt wird. Der unerhörte Ueberfall auf die deutschen Sänger erfährt also keine Sühne.

Ein Zeppelinflughafen in Sevilla

Aus Sevilla wird gemeldet: Zwischen dem hiesigen Gemeinderat und dem Luftschiffbau Zeppelin wurde ein Abkommen über die Errichtung eines Flughafens abgeschlossen. Die

---

Letzte Drahtnachrichten

Einschränkung der deutschen Einfuhr nach der Schweiz

Der Bundesrat der Schweiz hat beschlossen, die deutsche Einfuhr von Wolldecken und Damenhüten aus Stroh einzuschränken.

Dazu erfährt die Schweizerische Depeschenagentur von zuständiger Seite, daß das kürzlich abgeschlossene neue Wirtschaftsabkommen mit dem Deutschen Reiche die Schweiz nicht verpflichte, von künftigen Einschränkungsmaßnahmen abzusehen. Dagegen sollen selbstverständlich solche Maßnahmen nur in den notwendigsten Fällen erlassen und die Einfuhr nicht stärker eingeschränkt werden, als notwendig ist. Im Sinne und Geiste dieses Abkommens wird für Wolldecken eine Einfuhr im Rahmen von 75 Prozent der letztjährigen zugelassen werden.

Kundgebung der Katholischen Aktion in Berlin

Die Katholische Aktion und die katholischen Schulorganisationen Berlins veranstalteten am Bußtag in sechs Sälen Kundgebungen unter dem Leitwort „Christus und Jugend in der Großstadt". Die Redner, die von dem Thema des diesjährigen Deutschen Katholikentages in Essen „Christus in der Großstadt" ausgingen, behandelten die ernste Pflicht, die die Erwachsenen, die Erziehungsverpflichteten an der Erziehung der Jugend hätten. Mit Christus als Ausgang und Ziel aller Erziehung müsse die Jugend zu gottverbundenen, sittlich starken und geistig und körperlich gesunden Menschen herangebildet werden. Diese in christlichen Grundsätzen durchgeführte Erziehung gebe die Sicherheit für die Bildung charakterfester Menschen, die verbunden mit Staat und Volk an der Freiheit und Größe des Vaterlandes in echt nationalem Sinne mitarbeiten.

Die Versammlungen, die von Sprechchören, Kinderchören und Rezitationen umrahmt waren, faßten Entschließungen, in denen unter anderem auch die Hilfe der Gesetzgebung bei der religiösen Erziehung gefordert wird. An den Papst und an den Berliner Bischof, der zurzeit nicht in Berlin weilt, wurden Huldigungstelegramme abgesandt.

Großer Streik in Sevilla

Die Bäckergesellen in Sevilla traten Mittwoch früh in den Ausstand, dem sich bald auch die Straßenbahner und die Autodroschkenchauffeure anschlossen. Die Führer der Streikbewegung versuchen, auch die Hafen- und Transportarbeiter für den Streik zu gewinnen. Ein starkes Polizeiaufgebot ist zusammengezogen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Unterzeichner des Abkommens sind der Bürgermeister von Sevilla und Dr. Eckener.

Unglückschronik

Die Bergungsarbeiten eingestellt

Am 29. Oktober wurde bekanntlich der Brunnenbauer Lange von Erdmassen bei der Anlegung eines Brunnens in Hameln verschüttet. Trotzdem sofort nach dem Unglück die Bergungsarbeiten einsetzten, gelang es nicht, an den Verunglückten heranzukommen. Jetzt sind die Bergungsversuche als aussichtslos aufgegeben worden. Der Brunnenbauer bleibt also in seinem selbstgeschaufelten Grab.

Eine Achtjährige rettet ihre Geschwister aus dem brennenden Hause

Heldenmut hat das achtjährige Töchterchen eines Garagenbesitzers in Venlo bewiesen. Während der Abwesenheit der Eltern brach in der unter dem Wohnhaus gelegenen Garage Feuer aus, das sich so schnell ausbreitete, daß, noch ehe die Feuerwehr eintraf, das Treppenhaus ein einziges Flammenmeer bildete. Das 21jährige Dienstmädchen sprang in ihrer Todesangst, ohne sich um die ihr anvertrauten Kinder zu kümmern, aus dem Fenster auf die Straße. Während die Nachbarn voller Entsetzen zu den Fenstern hinaufsahen, aus denen das angsterfüllte Schreien der Kinder drang, erschien plötzlich die achtjährige Bennie mit dem um 1 Jahr jüngeren Schwesterchen auf dem Arm und gab durch Zeichen den Leuten zu verstehen, daß sie die Schwester auffangen mögen, die dann auch wohlbehalten in den Armen der Mitbewohner landete. Auf dieselbe Art ließ sie noch ihre beiden weiteren jüngeren Geschwister dem Flammentode entgehen, um sich schließlich selbst durch einen Sprung in die Tiefe zu retten. Nur dem besonnenen schnellen Handeln der kleinen Lebensretterin war es zu verdanken, daß alle Kinder nur unerhebliche Brandwunden davontrugen.

Die Brandkatastrophe in einem Schweizer Kinderheim

Aus Wädenswil (Kanton Zürich), wird berichtet: Der 42jährige schwachsinnige Karl Widmer, der als vermutlicher Brandstifter des Brandes im Kinderheim Bühl, bei dem zwölf Personen ums Leben kamen, gesucht wurde, ist verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert worden. Er hat zugegeben, den Brand gelegt zu haben. Der Verhaftete, der seit seinem vierten Lebensjahr mit einigen Unterbrechungen in der Anstalt untergebracht war, muß als unzurechnungsfähig betrachtet werden.



Das ist ein guter Rat...



Für alle Wasch- und alle Abseif-Arbeiten
Dr. Thompson's Seifenpulver Marke Schwan
verwenden. Es ist billig und sparsam. Paket 24 Pfg., Doppel-Paket nur 44 Pfg. Schwan-Pulver ist mild u. gibt eine gute, schonende, reinigungskräftige Lauge.
Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifix, Paket 14 Pfg.
Sch-81b

Sonder-Angebot!
Wir hatten wieder Gelegenheit, einen großen Posten
schweren, kräftigen Rohnessel
äußerst vorteilhaft zu erwerben und geben diesen sensationell billig ab:

ca. 80 ctm. br.	26 Pfg. p. mtr.
ca. 130 ctm. br.	48 Pfg. p. mtr.
ca. 160 ctm. br.	58 Pfg. p. mtr.

Auf diese Preise **5 Proz. Rabatt** in Marken.
Gebr. Weimann

Für die überaus zahlreichen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir unseren
herzlichsten Dank.
Familie Berghoff.
Ostönnen, im November 1932.

Extra-Preise in Käse
Käsehappen, Schnittlauchkäse, Tomatenkäse, Knoblauchkäse, Senfkäse, ca. 50 gr. Stück nur **10** Pfg.
Volkskraftkäse, nach Camembert Art ca. 80 gr. Stück nur **10** Pfg.
Räucherkäse, ca. 50 gr. Stück nur **10** Pfg.
Allgäuer Weichkäse, ca. 125 gr. Stück nur **15** Pfg.
Tilsiter Delikateß-Käse 6 teilig ca. 180 gr. Schachtel nur **33** Pfg.
Emmenthaler-Käse 6 teilig ca. 180 gr. Schachtel nur **33** Pfg.
Stern-Weichkäse 6 teilig ca. 180 gr. Schachtel nur **33** Pfg.
Benediktiner Weichkäse 6 teilig ca. 160 gr. Schachtel nur **33** Pfg.
Ferner empfehlen:
Bratheringe 1 Liter Dose **46** Pfg.
Bismarckheringe, Geleeheringe, Rollmöpse, Bratrollmöpse usw.
Fetthering i. Tomaten Dose **38** Pfg.
Topfsülze Pfd. nur **36** Pfg.
bekannte **5** Proz. Rückvergütung.
Noch etwas besonderes:
Bis auf weiteres
erhalten Sie beim Einkauf von
1 Pfund lose Margarine
1 Yo Yo Spiel
oder 5 Pfg in bar.
Hill A. G. Soest, Sassendorf.

Wer schlachtet, braucht

Züchner-Einkochdosen
Fleischhackmaschinen, Ersatzteile, Schlachtmesser, Schmalztöpfe, Wurstgarn, Krummhölzer usw.
Abschneiden, Bördeln und Verschließen von Dosen bei
Franz Kerstin

Heute frische
Fische

Nordsee-Bratschellfisch	Pfd.	26 Pfg.
Grüne Heringe	„	18 „
Sprotten, lose	¼ „	10 „

Sprotten
Kistchen ca. 1 Pfd. Inhalt nur **38** Pfg.
Alle anderen Sorten
Frischfisch und Räucherfische billigst.

Rerringssalat	¼ Pfd.	17 Pfg.
Fleischsalat	¼ „	20 „
Kleinfleisch i. Gelee	Pfd. nur	40 „

5 Proz. Rabatt.
HILL A. G.

Stolper empfiehlt!
Ia Vollheringe
10 Stück 0.35 Pfg.
10 Stück 0.40 Pfg.
10 Stück 0.70 Pfg.
Ia Bratheringe, Rollmöpse, Bismarckheringe Geleeheringe
in 1 und ½ Ltr. Dosen
a. o. 57 u. o. 38 Pfg.
eingelegte Heringe,
Ia. Majonnaise lose
¼ Pfd. 0.20 Pfg.
Ia Heringssalat
¼ Pfd. 0.17 Pfg.
Oelsardinen Dose
0.40, 0.30 u. o. 0.18 Pfg.
und noch 5 Prozent Rabatt.
CURT STOLPER, Soest,
und Filialen.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Soest, Band 40, Blatt Nr. 1862, eingetragenen nachstehend beschriebenen Grundstücke am **24. Januar 1932, 10 Uhr,** an der Gerichtsstelle, Nöttenstraße Nr. 28, Zimmer Nr. 10, versteigert werden.

Lfd. Nr. 1; Gemarkung Soest; Flur Nr. 52; Parzelle Nr. 146; Grundsteuermutterrolle Nr. 1428; Gebäudesteuerrolle Nr. 2130; Wirtschaftsart u. Lage: Beb. Horstr., Kesselstraße 22; 27 qm; Gebäudesteuernutzungswert 120,—.

Lfd. Nr. 2; Gemarkung Soest; Flur Nr. 52; Parzelle Nr. 147; Gebäudesteuerrolle Nr. 2131; Wirtschaftsart und Lage: Beb. Höfr., Kesselstraße 24; 30 qm; Gebäudesteuernutzungswert 120,00.

Lfd. Nr. 3; Gemarkung Soest; Flur Nr. 52; Parzelle Nr. 148; Gebäudesteuerrolle Nr. 2135; Wirtschaftsart u. Lage: Beb. Hofr. mit Hausgarten 6,15 a; und

Lfd. Nr. 4; Gemarkung Soest; Flur Nr. 52; Parzelle Nr. 149; Wirtschaftsart und Lage: Kesselstraße 26; 9,37 a; Gebäudesteuernutzungswert zusammen 570,00.

Der Versteigerungsvermerk ist am **24. Oktober 1932** in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer waren damals die **Wwe. Ingenieur Rudger Roye, Elisabeth geb. Loeper zu Soest und ihre Kinder: Fritz, Hermann, August, Louise, Maria, Wilhelm, Heinrich, Emma, Klara, Ludwig, Karl** in fortgesetzter westf. Gütergemeinschaft eingetragen.

Soest, den 28. Oktober 1932.

Das Amtsgericht.

Großer Sonderverkauf!
Billige Klaviere!
Biete an: crk. 30 Pianos in schwarz. nussbaum, Eiche, zum Teil ganz moderne, fast neue Instrumente, Preise 400 — 575 RM.
fachmännische Pianohandlung
Fritz Jürgens, Hellinghauserweg, 38 d, Telefon 2766.

Wohnung von 6 Räumen
im Mittelpunkt der Stadt gelegen zu sofort zu vermieten. Angebote an die Geschäftsstelle unter Nr. 5000.

Grundstückszwangsversteigerung.

4 K. 37/32.

Am **22. November 1932, 10 Uhr,** wird an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 10, die **Hausbesitzung des Viehhändlers Edmund Kölsch zu Soest, Düsterpath Nr. 11,** öffentlich meistbietend versteigert.

Soest, den 9. November 1932.

Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Am **Freitag, den 18. November,** versteigere ich öffentlich meistbietend gegen Barzahlung:

Treffpunkt in **Lohne bei Wirt Buckemüller 10,30 Uhr**
Schweine, Standuhr, Büfett, Kredenz, Sofa, Bild, Stühle;
in **Sassendorf, bei Wirt Sauerland, 11 Uhr:**
Radio, Bild;
in **Schoneberg bei Wirt Schulte, 15 Uhr:**
Sofa, Schreibtischchen, Tisch, Kuh, Schafe, Rind, Ladeneinrichtung, Schweine;
in **Hovestadt bei Wirt Biele, 16 Uhr:**
Büfett, Tisch, Bild, Sofa, Schreibmaschine, Schreibtisch;
in **Oestinghausen bei Wirt Sauerland, 17 Uhr:**
Klaviere, Grammophon, Lastwagen.

Volkmann, Gerichtsvollzieher in Soest.

Grundstückszwangsversteigerung.

4 K. 24/32.

Am **22. November 1932, 10,30 Uhr,** wird an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 10, die Besitzung des **Schlossermeisters Florenz Werringloer zu Soest,** Freiligrathstraße 39, bestehend aus **Wohnhaus** und **Schlosserwerkstatt** öffentlich meistbietend versteigert. Nutzungswert: 1160,— Mark.

Soest, den 9. November 1932.

Das Amtsgericht.